Dienstag, 12. Januar 1932
Ausg. A. 8. Jahrgang Nr. 9

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Wöchentl. 52 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatl. 2.10 Mk. + 30 Pf. Botenlohn = 2.60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2.60 Mk., unter Streifband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmeschluß in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale

Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39. Postscheckkonto: Breslau Nr. 544. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorderhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. Filialexpedition: Gbritz, Lunitz 6, Fernsprecher 2384. Geschäftszeit von 8—19 Uhr. — Gerichtsstand: Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39.

Hindenburg Kandidat von Nazis bis SPD

Hitler-Hugenberg für Wahl Hindenburg durch Stimmzettel / Eigene Präsidentschaftskandidatur der KPD

Berlin, 12. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die gestrige Besprechung zwischen den nationalsozialistischen, deutschnationalen und Stahlhelmführern führte zu dem Ergebnis, daß sich die „nationale" Front mit den SPD.-Führern völlig darin einig ist, für die Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs einzutreten. Um aber den antiparlamentarischen faschistischen Charakter der Kandidatur Hindenburgs noch schärfer zu unterstreichen, wurde, um den Massen ihrer Anhänger eine gewisse Selbständigkeit der Politik gegenüber der Brüning-Herrschaft vorzutäuschen, beschlossen Hitler-Hugenberg, die von Brüning vorgeschlagene Neuwahl Hindenburgs durch den Reichstag abzulehnen. Dadurch ist die Präsidentenwahl durch den Stimmzettel auf die Tagesordnung gesetzt.

In der deutschnationalen Begründung wird der Beschluß der sogenannten „nationalen Opposition" damit begründet, daß in der Präsidentenwahl durch den Reichstag im Reich eine Vertrauenskundgebung für den Kanzler zu sehen gewesen wäre. Eine parlamentarische Lösung würde nicht eine Machtstärkung der Stellung des Reichspräsidenten bedeuten, sondern im Gegenteil eine Verstärkung der Machtbefugnisse des Reichstages herbeiführen. Kein Wort natürlich gegen Hindenburg. Im Gegenteil. Die Deutschnationalen sind für ihn, sind nur gegen das Parlament, dessen Scheinleben ihnen noch zuviel ist. Sie stimmen in der Sache mit Brüning überein, nur in der Form nicht. Sie sind Notverordnungspolitiker vom reinsten Wasser. Sie dürfen und wollen es nur angesichts des größten Teils ihrer von der Notverordnung selbst betroffenen Anhänger nicht offen sagen. Aber indem sie für Hindenburg eintreten, beweisen sie ihre Verbundenheit mit der gegenwärtigen Innen- und Außenpolitik der ganzen kapitalistischen Klasse, deren Teil sie sind.

Die Arbeiterschaft Deutschlands und der ganzen Welt wird Zeuge des Schauspiels sein, wie Wels und Breitscheid zusammen mit Hitler und Hugenberg Hindenburg dem Volke zur Wahl präsentieren werden. Und jeder wird erkennen, daß die SPD.-Führer, die noch vor sieben Jahren die Kommunisten als „Steigbügelhalter Hindenburgs" bezeichneten, jetzt gemeinsam mit Hitler und Hugenberg Hindenburg auf ihre Schulter heben und in konsequenter Fortsetzung ihrer kapitalistischen Politik den Marsch nach rechts fortsetzen.

Hindenburg-Front ist Notverordnungsfront, Block für Lohn- und Gehaltsabbau, Verschlechterung der Krankenversicherung, für Kopfsteuer, Rentenkürzung und Streikbruch!

Gegen diese Front hat die Kommunistische Partei die rote Einheitsfront errichtet, die bei der Wahl des Präsidenten ein gewichtiges Wort mitzusprechen hat. Wie bei jedem Streik und bei jeder außerparlamentarischen Massenaktion wird die Kommunistische Partei auch bei der Präsidentenwahl die Linie ihrer selbständigen proletarischen Klassenpolitik innehalten. Die KPD. wird bei der kommenden Präsidentschaftswahl als einzige Partei einen proletarischen Kandidaten gegen die Hindenburg-Front aufstellen, und das wird der Kandidat aller derjenigen sein, die gegen den Lohn- und Gehaltsabbau, gegen die politische Entrechtung der Arbeiterschaft und des ganzen werktätigen Volkes Sturm laufen. Bei der kommenden Reichspräsidentschaftswahl marschiert das proletarische Deutschland unter Führung der Kommunistischen Partei für ein sozialistisches Deutschland.

Einige Lehren der letzten Kämpfe

Von Franz Dahlem

Die Berichte aus allen Bezirken Deutschlands besagen übereinstimmend, daß die Empörung und der Abwehrwille der Massen der Betriebsarbeiter im Wachsen begriffen ist. Die Betriebsstreiks und die verschiedenartigen Bewegungen innerhalb der Betriebe, wovon die Zeitungen seit Anfang Januar berichten, das ist der Anfang einer Welle von Kämpfen, die sich in den nächsten Wochen und Monaten über alle Industrien und alle Bezirke ausdehnen wird. So aufgewühlt und so voller Diskussion waren die Betriebe seit Jahren nicht mehr — und wenn erst in dieser und nächster Woche bei den ersten Lohnzahlungen der Abbau unmittelbar fühlbar wird, dann ist es unausbleiblich, daß die Belegschaften immer deutlicher auf den Plan treten werden.

Entsprechend dieser inneren Lage in der Betriebsarbeiterschaft zeigen die Tatsachen, daß es täglich zahlreiche Betriebe gibt, in denen die Belegschaften auf irgendeine Weise durch vielfältige Formen der Aktion ihrer Empörung und ihrem Kampfwillen Ausdruck geben. Stellungnahme in den Pausen, Hofversammlungen, kurze Proteststreiks, passive Resistenz, viel entschiedeneres Zurückweisen der Frechheiten der Antreiber, Direktoren usw. — das sind Sturmzeichen. Erst in einem geringen Grade ist in Berlin und im Reiche diese Stimmung bis zu den stattgefundenen Streiks gediehen. Aber die Bande sozialdemokratischer Streikbrecher, die vor einigen Tagen im „Vorwärts" jubelte, daß es gerade „ans Wunderbare grenze", daß die Betriebsarbeiter so „ruhig" blieben, wird noch zu früh gejubelt haben.

Es ist so, das wird aus vielen Betrieben berichtet, daß oft nur ein Funke genügt, um den Kampf auszulösen. Der Streik der AEG.-Hennigsdorf war typisch für den augenblicklichen Stand der Kampfbereitschaft der Massen: ein unbefristeter Streik wurde von der Betriebsversammlung abgelehnt, ein vierundzwanzigstündiger Proteststreik jedoch mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Für die steigende Kampfkraft der Arbeiter zeugen jene immer häufiger werdenden Beispiele, wo es in einzelnen Betrieben gelang, den Lohnabbau abzuwehren bzw. einen Teilerfolg zu erringen. Am typischsten ist das Beispiel der Harburger Oelfabrik Brinckmann & Mergell, wo der Unternehmer zu der Bezahlung einer Zulage als „Ausgleich" gezwungen wurde, was zum großen Teil den 15prozentigen Abbau aufhob. Die Lehre der bisherigen Januarkämpfe ist also nicht nur, daß die Arbeiter sich mit der Waffe des Streiks gegen den Lohnabbau wehren, sondern daß es möglich ist, ihn ganz oder teilweise abzuwehren.

In vielen Betrieben kam es zur Annahme von Streikbeschlüssen — aber zu keiner Kampfauslösung. In vielen Betrieben — insbesondere im Ruhrbergbau — standen die Belegschaften eine Stunde, anderthalb Stunden und diskutierten, ehe sie einfuhren. Was sind die Ursachen für dieses Zögern und diese Schwankungen?

Gewiß gibt es objektive Schwierigkeiten: die meisten Arbeiter waren durch die Feiertagspause materiell ausgepumpt, stehen mit ihren Familien ohne einen Pfennig da. Gewiß herrscht die Angst vor dem Streikbrechertum der Sozialdemokraten und christlichen Gewerkschaftsführern und der drohenden Erwerbslosigkeit bei monatlangem Wegfall jeglicher Unterstützung. Aber, trotz allem, das zeigt die Stimmung, das beweist die Diskussion in den Betrieben, wissen die Massen, daß ihnen gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lebenslage kein anderes Mittel bleibt, als die Aufnahme des Kampfes um die Verteidigung ihrer Existenz. Das beweist die Bereitschaft, den Kampf aufzunehmen — wenn auch die anderen Betriebe kämpfen.

Die Funktionäre der SPD., des ADGB., der SAP., die sehr gut diese Kampfstimmung kennen, haben überall das demagogische Argument in die Debatte geworfen, daß „nur der Generalstreik" gegen die gesamte kapitalistische Klasse das Mittel des Kampfes sei. Da dieser jetzt aber wegen der Spaltung der Arbeiterbewegung nicht möglich sei, so argumentieren diese Demagogen, habe der betriebliche Widerstand keinen Zweck. So suchten und versuchen sie vom aktuellen Kampf abzulenken. Wir müssen die Lehre ziehen, daß es uns bisher ungenügend gelungen ist, den Massen die **politische Bedeutung der Teilkämpfe** im Zusammenhang mit der ideologischen Einstellung zum politischen Massenkampf zum Bewußtsein zu bringen. So gelang es den Reformisten, in dieser Frage eine gewisse Verwirrung in die Reihen der revolutionären Arbeiter zu werfen.

Die Hauptschwäche bei der Mobilisierungsarbeit seitens der Kommunisten und der Anhänger der RGO., deren Ueberwindung ausschlaggebend für die Kraft und die Führung der Massen-

Breslauer Jungarbeiter streiken

gegen verschleierte Arbeitsdienstpflicht — für tarifliche Entlohnung

Breslau, 12. Januar. Dreihundert junge Erwerbslose wurden für Montag, den 11. Januar, nach den Linke-Hofmann-Werken zum „Fachkursus" vermittelt. Bereits bei der Vermittlung wurde ein vorbereitender Kampfausschuß gebildet, der den Streik der Jungerwerbslosen organisieren sollte. Die Jungerwerbslosen haben ganz klar erkannt, daß die „Fachkurse" eine verschleierte Form der Arbeitsdienstpflicht sind, und daß die einzige Form des Kampfes hiergegen der Streik ist.

Nach einer kurzen Versammlung vor dem Betriebe wurde der Streik beschlossen und eine Delegation gewählt, die dem Arbeitsamt die Forderungen der Jungerwerbslosen vortragen sollten. Folgende Forderungen wurden aufgestellt:

1. **Beseitigung der Fachkurse (verschleierte Arbeitsdienstpflicht).**
2. **Beschaffung von Arbeit zu tariflicher Entlohnung.**
3. **Ausreichende Unterstützung für alle Jungerwerbslosen.**

Die Delegierten verhandelten mit dem Leiter des Arbeitsamtes, Bauer (Soz.). Dieser lehnte die Forderungen der Jungerwerbslosen ab.

Die Streikversammlung am Montagnachmittag nahm Stellung zum Bericht der Delegation und beschloß einstimmig, den Kampf weiterzuführen und alle Jungerwerbslosen, besonders die, die bereits in „Fachkursen" erfaßt werden oder noch sollten, in der Streikfront zu erfassen.

Am Dienstagmorgen wird sich der zweite Kursus mit 150 Mann in die Streikfront einreihen.

Die Streikleitung, die gebildet wurde, setzt sich zusammen aus einem freigewerkschaftlich organisierten Jungarbeiter, einem RGO.-Mitglied und sieben unorganisierten Jungarbeitern.

Einmütig bekannten sich die Jungerwerbslosen zur roten kämpfenden Einheitsfront unter Führung des KJVD. Die prinzipienlose Einheitsfront der Aktionsgemeinschaft, SJV., KPO. usw., wurde von den Jungerwerbslosen abgelehnt; die kämpfende Einheitsfront von unten muß von der Breslauer proletarischen Jugend geschaffen werden.

Siegreicher Pflichtarbeiterstreik

Mikultschütz, 11. Januar. Die Gemeindeverwaltung hat die Forderungen der streikenden Pflichtarbeiter erfüllt. Daraufhin wurde der Beschluß auf Abbruch des Streiks gefaßt. Bekanntlich wollte man die Streikenden mit dem Unterstützungsentzug zur Arbeit zwingen. Trotzdem verharrten die Kollegen im Kampfe, bis man ihre berechtigten Forderungen erfüllt hatte.

Der Streik der Pflichtarbeiter sollte für alle Betriebsarbeiter, denen am 1. Januar der karge Lohn ungeheuerlich gesenkt wurde, ein leuchtendes Beispiel sein. Wir haben in den letzten Tagen von siegreichen Betriebsstreiks aus dem Reiche berichten können. Die Streiksiege sind das Resultat des geschlossenen Kampfes unter Führung der RGO., die die einzige organisierende Kraft zur Führung von Kämpfen gegen Lohnabbau ist. Welcher Prolet wollte dann noch abseits stehen? Wir appellieren an alle Arbeiter, die noch nicht der RGO. angehören, sich derselben anzuschließen.

Während die RGO. Kämpfe organisiert und führt, betreibt die Gewerkschaftsbürokratie und ihre Presse eine wüste Hetze gegen die KPD. und RGO. und nicht nur das; sie organisiert direkt den Streikbruch. Die Kollegen und Kolleginnen, die heute noch hinter der Bürokratie stehen, müssen mit ihr vollständig brechen. Bildet in den Betrieben und Stempelstellen die kämpfende Einheitsfront! **Die siegreiche Einheitsfront wird nur in schärfstem Kampfe gegen die sozialdemokratischen, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsführer geschaffen werden.**

Teilerfolg beim Buchdruckerstreik

Berlin, 12. Januar. (Eig. Drahtber.) Der Streik der Buchdrucker bei der Firma Sabo, Berlin, Wilhelmstraße, wurde gestern nach viertägiger Dauer mit einem Teilerfolg abgebrochen. Statt 15 Prozent gelangen 7 Prozent des Lohnes in Abzug.

Sechs Güter im Streik

Hannover, 12. Januar. (Eig. Drahtber.) Heute morgen sind die Landarbeiter von sechs Gütern im Kreise Hannover-Linden in den Streik getreten. Die Gendarmerie aus der ganzen Umgegend war mobilisiert und führte in den Vormittagsstunden eine Aktion gegen die Streikenden und die Streikposten durch. 23 Arbeiter sind verhaftet, die morgen früh dem Schnellrichter zugeführt werden sollen. Die Erregung der Landarbeiter ist ungeheuer groß.

[illegible] wie der ausbleibende Oppositionsarbeit unter den freigewerkschaftlich organisierten Massen, das fehlende aktive und lebendige Leben der Betriebszellen und Betriebsgruppen bzw. Sektionen der RGO. und der roten Verbände, das mangelhaft funktionierende Kampfbündnis der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen.

Es mehren sich zwar in den letzten Tagen die Beispiele, wo die RGO. Mehrheiten in freigewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen und Funktionärkonferenzen erobert, wo diese sogar Streikbeschlüsse gegen den Willen ihrer Bürokratie fassen, aber das Tempo der Liquidierung des Einflusses der ADGB.- und SPD.-Führer entspricht noch lange nicht der Unzufriedenheit und der Zersetzung in den Massen der ADGB.-Mitglieder. In den Betrieben verteidigen nur die korrumpierten, bestechlichen Teile des SPD.-Funktionärkörpers die Tolerierungspolitik ihrer Organisationen. Die SPD.- und ADGB.-Führer stehen als nackte Streikbrecher und Arbeiterverräter da, vor denen die Massen ausspucken. Die sozialdemokratischen Arbeiter und unteren Funktionäre schweigen, sind beschämt, stehen am Scheidewege. Von unserer Aktivität, von unserer kameradschaftlichen Offensive, von unserer zähen, liebevollen Aufklärungsarbeit hängt es lediglich ab, ob es gelingt, diese Klassengenossen für die rote Einheitsfront des Kampfes zu gewinnen. Die „Eiserne Front" der Wels, Leipart, Wildung und Kompanie wird von ihren eigenen Anhängern in den Betrieben als eine Schamade, als ein Betrugsmanöver angesehen.

Für die Partei und für die RGO. ist jetzt die günstigste Gelegenheit, Hunderttausende von sozialdemokratisch- und freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern, die mit ihrem Herzen schon bei uns sind, auch äußerlich und aktiv in die gemeinsame Kampffront einzugliedern. Die RGO. kann jetzt in jedem Betrieb ihre Organisation aufbauen und sie verstärken

Die Untersuchung der Vorbereitung der Betriebsbewegungen zeigt übereinstimmend, daß von einer konkreten, betrieblichen, auf die speziellen Verhältnisse des einzelnen Betriebes eingestellten Arbeit noch immer nicht die Rede sein kann. Das ist am deutlichsten erkennbar an den Forderungen und Losungen, die die Betriebe in der jetzigen Bewegung aufgestellt haben. Forderungen, die oft zu abstrakt und von oben formuliert sind. Die wirkliche Führerolle der Betriebszellen, ihr inneres Leben und jenes der RGO.-Gruppen, sind noch sehr mangelhaft. Wären die tausende Betriebsorganisationen der Partei, der RGO. und der roten Verbände auf der Höhe ihrer Aufgaben, dann würden viel leichter jene Schwierigkeiten überwunden werden, die jetzt noch der Massenbewegung hemmend im Wege stehen. Die Notwendigkeit der Verbesserung der Arbeit im Betrieb als der zentralen Aufgabe, wie sie jetzt wiederum auch vom Zentralrat der RGO. an die Spitze der Beschlüsse gestellt wurde, das ist die wichtigste Lehre der Ereignisse der letzten Tage.

In einer ganzen Anzahl von Fällen hat sich bei Funktionären und Betriebsräten ein opportunistisches Zurückweichen in entscheidenden Situationen oder ein Hereinfallen auf die schon genannten Manöver der Reformisten gezeigt. Es wird Aufgabe der Leitungen der Partei und der RGO. im örtlichen und im Betriebsmaßstabe sein, eine rasche ideologische Klarheit gegenüber diesen Abweichungen und die Garantie einer Aenderung der Politik dieser verantwortlichen Betriebsfunktionäre zu schaffen.

Die genannten Schwächen — wir haben nur die wichtigsten genannt — müssen mit allen Kräften korrigiert werden. Dann wird die Partei, dann wird die RGO. bei der steigenden Radikalisierung der Massen imstande sein, ihre Führerrolle im Kampfe der gesamten Arbeiterklasse um Brot, Arbeit und Freiheit um den [illegible] zu erfüllen!

Die Getreideablieferung in der Sowjetunion

Moskau, 11. Januar. Mit dem Herannahmen der XVII. Parteikonferenz beschleunigen die Parteiorganisationen das Tempo der Getreideaufbringung, damit zur Eröffnung der Parteikonferenz der Plan hundertprozentig erfüllt ist. Im gesamten Unionsmaßstabe waren am 1. Januar 89,6 Prozent des Getreideplanes erreicht. Gegenüber dem Vorjahre waren am 1. Januar in der Sowjetunion 103,1 Prozent, in der RSFSR. 107,2 Prozent Getreidemengen abgeliefert.

Im Dezember wuchs das Tempo der Ablieferung in den verschiedenen Gebieten beträchtlich, so daß zu denjenigen Bezirken, die den Plan bereits erfüllt haben, noch hinzukommen der Moskauer und der Nieder-Wolgabezirk. Nahezu vollständig haben Mittel-Wolga, Dagestan, Baschkirien und Westsibirien den Plan erfüllt. Bis zum 20. Dezember haben sämtliche Maschinen-Traktorenstationen den Plan erfüllt.

Die Parteiorganisation setzt alle Kräfte ein, um den Beschluß des Juni-Plenums durchzuführen. Vollständige Planerfüllung an der Getreidefront, für südliche Gebiete 10. bis 15. Januar, für die nördlichen Gebiete bis zum 10. bis 15. Februar. Einen besonders scharfen Kampf führt die Partei in der Ukraine, wo bis 1. Januar nur 79,3 Prozent erfüllt worden sind. Als Beispiele dienen Dutzende von Bezirken der Ukraine, welche den Plan nicht nur schon längst erfüllt, sondern überholt haben. Das Hauptaugenmerk der Partei ist auf den Kampf gegen die Agitation der Kulaken für Nichtablieferung von Getreide und gegen das opportunistische Zurückweichen mancher Kollektiven vor den Agenten des Kulakentums gerichtet.

Die „Prawda" gibt die Losung aus, daß jede Parteikonferenz zur 17. Parteikonferenz mit dem Sieg an der Brotfront kommen muß. Besonders gute Arbeit in der Ablieferungskampagne haben 26 Bezirke des Nordkaukasus aufzuweisen, welche die Pläne weit überholt haben und mit Prämien bedacht worden sind.

Die SAP. Koblenz zur KPD. übergetreten

Vallendar, 9. Januar. In der öffentlichen Versammlung in Vallendar am 5. Januar trat die Ortsgruppe Koblenz der Sozialistischen Arbeiterpartei bis auf zwei Mann der Kommunistischen Partei bei. Diesem Uebertritt schloß sich auch der Leiter des gesamten Unterbezirks der SAP. und mit ihm gleichfalls eine Funktionärin der SPD. mit einer ganzen Anzahl Genossen an.

Denkt an eure Klassenbrüder und -schwestern und vergeßt sie nicht! Darum alle Kräfte angespannt, um die Winterhilfskampagne der Roten Hilfe, dieser Organisation der proletarischen Solidarität, kräftig zu unterstützen!

Ernst Thälmann

Klare Fronten im Kampf!

„Waffenstillstand" oder kämpfende Einheitsfront unter revolutionärer Führung?

Der Vorstand der SAPD., Bezirk Mittelschlesien, richtete mit einem Schreiben vom 7. d. M. an die Bezirksleitung der KPD. Schlesien, an den Ortsvorstand der SPD. Breslau, an den Vorstand der KPD. Opposition, an den Allgemeinen Gewerkschaftsbund und an das Arbeitersportkartell die Aufforderung zur Durchführung einer „Einheitskundgebung gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen Kapitalismus und Faschismus, für den proletarischen Klassenkampf und den Sozialismus". Diese Kundgebung soll kleine Streitigkeiten der Organisationen zurücktreten lassen, sie soll das ihnen gemeinsame, der Gegensatz zum ganzen Bürgertum, den Willen zur Selbstbehauptung und zum proletarischen Kampfe hervortreten lassen.

Dazu erklären wir vor der breitesten Arbeiteröffentlichkeit, daß wir eine solche „Einheitskundgebung" und „Einheitsfront" ablehnen, da sie eine Irreführung und Täuschung der Arbeiter bedeutet.

Wir fragen alle ehrlichen und kampfgewillten Arbeiter:

Kann es eine Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Führern geben, die sich auf Gedeih und Verderben mit dem Kapitalismus verbunden haben, die das faschistische Brüning-System, die politische Knebelung der Arbeiterschaft, die Notverordnungspolitik und den Lohnraub aktiv unterstützen? Kann es eine Einheitsfront mit den Führern der SAPD. geben, die Einstellung des „Bruderkampfes" gegen die sozialdemokratischen Führer und „Waffenstillstand" mit der SPD. fordern?

Welchen Sinn hat die Tolerierungspolitik der SPD. und der reformistischen Gewerkschaften? Den der Verteidigung des faulenden Monopol-Kapitalismus, den der Durchführung des Faschismus, den des Kampfes gegen die proletarische Revolution und den Sozialismus.

Hat die SPD. durch ihre Politik nicht die faschistische Gefahr heraufbeschworen und das ungeheure Massenelend mitverschuldet? Bahnt die Sozialdemokratie durch ihre Politik nicht Hitler den Weg? Bekunden nicht bereits heute die sozialdemokratischen Führer (Tarnow, Breitscheid) die Bereitschaft der SPD., auch eine Brüning-Hitler-Regierung zu tolerieren? Ist die SPD. eine Kraft der Arbeiterklasse? Nicht im geringsten! Sie ist die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, die ihren Masseneinfluß für die Durchführung der Notverordnungspolitik, des Lohnabbaues und des Faschismus ausnutzt.

Welchen Sinn hat die politische Losung der SAPD.: „Waffenstillstand der proletarischen Parteien"? Sie bedeutet Tolerierung der SPD., Hilfe für die Bourgeoisie.

Welche Rolle spielt die ganze SAPD.? Die der Barriere zwischen der Kommunistischen Partei und den sozialdemokratischen Arbeitern. Die Seydewitz, Eckstein, Ziegler wollen die sozialdemokratischen Arbeiter, die aus der Front der Brüning-SPD. ausbrechen vom Anschluß an die KPD. zurückhalten. Die Kierstein und Kneiff spielen dieselbe Rolle, denn gerade durch deren „radikale" Worte werden die Arbeiter bei der SAPD. gehalten. Die SAPD. wie auch die KPO. sind Hilfstruppen der SPD.; sie helfen mit, die Arbeiterklasse zu spalten und zu zersplittern. Mit der SPD., SAPD. und KPO., mit den reaktionären Gewerkschaften gibt es für uns Kommunisten und für jeden revolutionären Arbeiter nichts Gemeinsames. Uns trennt ein unversöhnlicher Gegensatz und keine „kleinen Streitigkeiten".

Was bezweckt die SAPD. mit ihrem Einheitsfrontmanöver? **Vertuschung der sozialfaschistischen Rolle der SPD. Täuschung der Arbeiter über den eigenen sozialdemokratischen Charakter. Die SAP. will — in demagogischer Ausnützung des Einheitsfrontwillens der Arbeiter — vortäuschen, als ob sie gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen Kapitalismus und Faschismus kämpft, als ob sie für die proletarische Einheitsfront ist. Gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen Kapitalismus und Faschismus kämpfen heißt jedoch, das Gegenteil tun, was die SAPD. macht. Sie paktiert mit der reaktionären** Gewerkschaftsbürokratie, **wendet sich gegen die selbständige Kampfesführung der Arbeiter unter revolutionärer Führung, sie unterstützt die** Streikbruchhetze **der Gewerkschaftsbürokratie durch ihre Hetze gegen** die **RGO. und gegen die „wilden" Streiks. Sie weicht dem Kampfe gegen den Lohnabbau und die Notverordnungspolitik aus und versucht durch ihre betrügerische Losung: „Nur der Generalstreik kann noch nützen" die Arbeiter heute vom Kampfe um ihre nackte Existenz abzuhalten, sie gibt vor, gegen den Faschismus zu kämpfen, vertuscht jedoch den faschistischen Charakter der Brüning-Regierung und die Rolle der SPD. als deren stärkste Stütze, und betreibt eine verleumderische Hetze gegen die KPD.**

Ist das Einheitsfront, wenn die KPD. in Zurückstellung der „kleinen Streitigkeiten", das heißt, der unversöhnlichen Gegensätze mit den genannten Organisationen eine gemeinsame Kundgebung durchführt? Dies wäre Lug und Trug! Die Einheitsfront kann nur im Feuer des revolutionären Klassenkampfes, des Massenstreiks gegen jeden Pfennig Lohnabbau, gegen Notverordnungsdiktatur, des Massenkampfes der Erwerbslosen und der anderen Schichten der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes geschlossen werden. Die Einheitsfront der SAPD. ist das Gegenteil von dem, was die Arbeiter wollen und brauchen. Diese erstreben die rote Einheitsfront des täglichen Kampfes und der Organisierung der proletarischen Revolution auf der Grundlage der Betriebe und Stempelstellen, verkörpert in den Streiks und Massenaktionen der Arbeiter, getragen durch die von den Arbeitern selbst gewählten Einheitsfrontorgane von unten und unter revolutionärer Führung.

Diese revolutionäre Führung, die einzige Führung der Arbeiterklasse im Kampfe um die Tagesforderungen und -Klassenziele, verkörpert sich nur in der KPD.

Die rote Einheitsfront, die kein Betrug an den Arbeitern ist, sondern ihre Zusammenfassung für den Kampf unter revolutionärer Führung bedeutet, kann nur im schärfsten Kampfe gegen die entscheidenden Hindernisse und Hemmnisse in der Herstellung der proletarischen Einheitsfront, gegen die SPD., SAPD., KPO. und reaktionären Gewerkschaften geschmiedet werden.

Die SAP. will durch ihre Einheitsfrontmanöver die SPD. und sich selbst am Leben erhalten, sie will die Spaltung und Zersplitterung der Arbeiterklasse aufrechterhalten, sie will die wirkliche Einheitsfront, die kämpfende Einheitsfront verhindern. Wir Kommunisten würden ein Verbrechen an der Arbeiterklasse begehen, wenn wir dazu unsere Hand geben würden. Wir erklären auch heute, daß wir allen SPD.- und SAPD.-Arbeitern die Hand reichen, die bereit sind, mit uns gemeinsam den Kampf zu organisieren und die rote Einheitsfront zu schließen. Wir verweisen auf die Bündnisangebote der Bezirksleitung der KPD., Bezirk Schlesien, sowie auf den Appell des ZK. der KPD. an die SAPD.- und SPD.-Arbeiter, sowie auf den Ruf des schlesischen Einheitskongresses:

Herstellung der roten Einheitsfront

für Kampf gegen jeden Pfennig Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsabbau, Bildung vorbereitender Kampfausschüsse und selbstgewählter Streikleitungen;
gegen die Tolerierungs- und Streikbruchpolitik der SPD. und des ADGB.;
für die Bildung von Oppositionsfraktionen in den Gewerkschaften;
für Massenaktionen für Arbeit und Brot, für Winterhilfe zugunsten der Erwerbslosen und aller Notleidenden;
für gemeinsame Schutzstaffeln aus Arbeitern aller Richtungen gegen den faschistischen Terror;
gegen politische Knebelung, für die Aufhebung aller Notverordnungen;
für uneingeschränkte proletarische Demonstrations-, Koalitions- und Pressefreiheit;
für die Aufhebung des Verbotes des antifaschistischen roten Frontkämpferbundes.

Diese Einheitsfront wurde bereits in einer Reihe von Fällen in Streik- und Massenaktionen der letzten Monate und Wochen geschmiedet.

KPD. fordert Hilfe für die Unwetter-Geschädigten

Die kommunistische Fraktion im Preußischen Landtag hat folgenden Urantrag eingebracht:

Die starken Regenfälle der letzten Tage haben in Verbindung mit der Schneeschmelze in fast allen Flußgebieten zu mehr oder minder starken Ueberschwemmungen geführt und großen Schaden angerichtet. In der Hauptsache sind Kleinbauern, Siedler, Kleingewerbetreibende, Handwerker und Arbeiter schwer geschädigt, zum Teil sogar wirtschaftlich völlig ruiniert worden. Umfassende und schnelle Hilfsmaßnahmen sind notwendig.

Wir beantragen daher:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium wird beauftragt:

1. **Sofort 20 Millionen Reichsmark für die Entschädigung der durch Hochwasser geschädigten Kleinbauern, Kleinpächter, Siedler, Kleingewerbetreibenden, Handwerker und Arbeiter bereitzustellen.**

   Die Entschädigung erfolgt:
   a) **durch Erlaß aller fälligen und rückständigen Steuern der durch Ueberschwemmung geschädigten Kleinbauern, Siedler, Arbeiter und sonstigen minderbemittelten Bewohner;**
   b) **durch Uebernahme der fälligen und rückständigen Pachtzahlungen der durch Hochwasser geschädigten Kleinpächter und** Siedler;
   c) **durch Gewährung von nicht rückzahlbaren Beihilfen an alle durch Hochwasser geschädigten minderbemittelten Bewohner der Ueberschwemmungsgebiete.**

   Die Entschädigung wird von den Geschädigtenkommissionen in Gemeinschaft mit den Ortsbehörden festgesetzt. Die Geschädigtenkommissionen werden in Versammlungen der geschädigten Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden, Siedler, Kleinpächter, Handwerker und Arbeiter gewählt.
2. **Sofort die Wiederherstellungsarbeiten an Gebäuden, Straßen, Aeckern, Uferbauten und Dämmen aufzunehmen und mit den notwendigen Flußregulierungen sofort zu beginnen.**
3. **Für die bei der Durchführung der Wiederherstellungs- oder Aufräumungsarbeiten und bei der Herstellung von Hochwasserschutzanlagen beschäftigten Arbeiter und Angestellten gelten die tariflichen Arbeitsbedingungen und Löhne der einschlägigen Berufsgruppe. Die Arbeitszeit beträgt, ungeachtet anderer tariflicher Regelung, sieben Stunden täglich, 40 Stunden wöchentlich; Ueberstunden sind im Interesse größtmöglichster Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen verboten.**

Dieser Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion enthält das Mindeste, was an Hilfeleistung für die durch das Unwetter geschädigten Werktätigen geschehen muß. Aber die Geschädigten müssen sich bewußt sein, daß sie selbst laut ihre Stimme erheben müssen, wenn sie das durchsetzen wollen.

Die Internationale
die theoretische Zeitschrift der KPD.

Die neue wichtige Januarnummer der „Internationale" ist erschienen
Der Preis ist auf 20 Pfennig herabgesetzt worden
(Nicht 30 Pf., wie noch irrtümlich auf dem Umschlag gedruckt steht)

Aus dem Inhalt:

Ernst Thälmann:
Das Zentrum, die führende Partei der deutschen Bourgeoisie.

Werner Hirsch:
Faschismus und Hitler-Partei

Leitartikel
zur Lage und den Aufgaben der Partei nach der 4. Notverordnung.

Jeder muß die „Internationale" lesen
Rasch beschaffen, ehe die Nummer vergriffen ist!

Der Sumpf der Weißsteiner SPD.-Kommune

Dunkle Grundstücksankäufe — Tausende für das Dienstauto des SPD.-Bürgermeisters — Das Gemeindeoberhaupt erhält billige Hypotheken — Spesen werden an den Bürgermeister für drei Jahre im voraus gezahlt

Weißstein. Wir brachten schon mehrfach kleine Notizen von dem nationalsozialistischen Sudelblättchen, die „Ostfront". Neben anderem Interessanten befaßte sich die letzte Gemeindevertretersitzung auch mit den Angriffen der „Ostfront" gegen Gemeindevorsteher Hertwig. Letzterer behandelte in längeren Ausführungen verschiedene von den in diesem Schmierblättchen in drei Nummern gegen ihn erhobene Beschuldigungen.

Ein Untersuchungsausschuß wird gebildet

Für die Klarstellung der dritten Gruppe forderte H. die Bildung eines Untersuchungsausschusses von je einem Vertreter von jeder Fraktion, da die Berichtigung der meisten Angriffe in der „Ostfront" abgelehnt wurden, und eine gerichtliche Feststellung der Tatsachen zu lange dauerte und der Gemeinde zu viel Geld kostet.

Obwohl es der kommunistischen Fraktion sehr zu denken gab, daß sie einmal die „Ehre" genießen sollte, auch wieder einmal einen Vertreter in einen Ausschuß zu schicken, wo man doch sonst, trotz absoluter SPD.-Mehrheit, Einheitslisten mit der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft aufstellte, um bloß in keinem Ausschuß mehr einen Kommunisten zu haben, haben wir eine Beteiligung zugesagt.

Gleichzeitig aber wurde betont, daß die Entrüstung von Hertwig und Genossen (SPD.) völlig unangebracht ist, da deren Methoden im Kampf gegen die KPD. dieselben sind wie die der „Ostfront". Wir haben noch keinen Protest der SPD.-Vertreter gehört, wenn die „Bergwacht" — die gerade deshalb im Volksmunde den Namen „Dreckwacht" bekommen hat — in der gemeinsten Weise Kommunisten beschimpft.

Die „Bergwacht" schrieb, weil wir den Etat ablehnten, daß wir den armen Säuglingen die Milch, den Kinderreichen das Brot und den Hilfsbedürftigen die Unterstützungen stehlen wollten. Ein paar Tage später aber brachte dieselbe „Dreckwacht" einen groß aufgemachten Bericht aus Obersalzbrunn, wo die SPD.-Vertreter ebenfalls den Etat ablehnten und dafür als „Helden" bezeichnet wurden, wir dagegen für dieselbe Stellungnahme als Verbrecher betitelt wurden. Als Hertwig in brutaler Weise durch ein herbeigeholtes Ueberfallkommando Kommunisten daran hinderte, in der Gemeindevertretersitzung das Doppelspiel der SPD. im Reichstage und in der Gemeinde aufzuzeigen, schrieb die „Dreckwacht" am anderen Tage: „Harlekinaden (Hanswurstereien) der Kommunisten.

Das sind nur zwei Beispiele von vielen. Weiter wurde Hertwig gesagt, daß wir Leute, die solch hohe Gehälter beziehen und noch so allerhand Nebeneinnahmen haben, als Beispiele im Kampfe gegen das heutige verfaulte System anführen. Ein System, daß denen, die schon zu viel haben, noch allerhand Nebeneinnahmen aus Tagegeldern u. dgl. als „gesetzlich" zuerkennt, aber den Aermsten jegliche Erhöhung oder Sonderzuwendung als „ungesetzlich" verbietet, wird von der SPD. und den Nazis unterstützt. **Wenn wir uns an diesem Ausschuß trotzdem beteiligen, dann deshalb, um in den nationalsozialistischen-sozialdemokratischen Sumpf zu leuchten, was im Interesse der Weißsteiner Werktätigen liegt.**

Die erste Sitzung: Fall Krause

Die erste Sitzung des Ausschusses, dem die Gewählten Welzel (SPD.), Schöfer (BA.), Neumann (KPD.), Berger (Ztr.) und Weiß (NSDAP.) angehören, fand am 18. Dezember statt. Die zur Untersuchung stehenden Punkte konnten für Eingeweihte nicht allzuviel Neues zutage fördern, da diese meist in der letzten öffentlichen Sitzung behandelt wurden. Dann wurde der Fall Krause behandelt. Eine Maßregelung Krauses wegen Beteiligung am Volksentscheid ließ sich natürlich nicht nachweisen. So unvorsichtig würde ja schließlich auch kein Vorgesetzter sein, solche Gründe offen auszusprechen. Die kursierenden Gerüchte, von dem Naziblättchen aufgegriffenen Behauptungen von Entlassung resp. beabsichtigte Entlassung konnten schon deshalb nicht zutreffen, weil bei einem festangestellten Beamten deswegen gar keine Möglichkeit dazu vorhanden war. Der Vorwurf wegen „ungesetzlicher Handlung" betreffs vorzeitiger Bekanntgabe des noch zu fassenden Getränkesteuer-Beschlusses an den Kreis wurde von Hertwig bestritten. K. dagegen ist auch heute noch der Meinung, daß damals am Telephon eine derartige Aeußerung gefallen ist.

Die neue Telefonanlage kostet ein „Schweinegeld"

Entgegen den Behauptungen der „Ostfront", daß die Vergebung eines Auftrages zur Schaffung einer neuen Telephonanlage bisher nicht erfolgt ist, konnte der Gemeindevorsteher an Hand des Schriftwechsels mit der in Frage kommenden Firma beweisen, die lediglich einen „unverbindlichen Kostenanschlag" machen sollte. Die jetzige Telephonanlage war ein Versager, obwohl sie bei der Schaffung vor ein paar Jahren als das „Beste empfohlen" wurde, und der Gemeinde ein Schweinegeld gekostet hat. Das wurde bewiesen durch eine Zusammenstellung der bisherigen Reparaturkosten. Deshalb soll auch in allernächster Zeit eine Vorlage zur Schaffung einer neuen Anlage vor die Vertretung kommen. Die kommunistische Fraktion wird dazu noch Stellung nehmen.

Der SPD.-Bürgermeister billige Hypotheken erhielt

Wie Naziblätter zu schwindeln verstehen, zeigt der Fall: Beamten-Pensionsfonds. Ohne eine geforderte Berichtigung für nötig zu halten, hatte die „Ostfront" die Behauptung aufgestellt, **der Beamten-Pensionsfonds wäre aufgelöst,** während er noch mit fast 62 000 Mark besteht. **Die 1927 aus diesem Fonds, nur gegen die Stimmen der KPD., beschlossene Hergabe einer Hypothek an Hertwig ergab bei Nachprüfung der Akten einen Anlaß zu ungeheuren Beschuldigungen gegen Hertwig.** Daß H. aber schon damals eine ihm äußerst willfährige Mehrheit im Vorstand wie in der Vertretung hatte, ergibt sich daraus, daß er das Geld so ziemlich zu denselben Bedingungen für die zweite Hypothek bekam, wie es ursprünglich für die erste Stelle gedacht war. **Auf eine Frage unseres Vertreters im Untersuchungsausschuß gab H. selbst zu, daß er das Geld unter sehr günstigen Bedingungen erhalten hat.** Der Mann von der SPD., mit der „chronischen Ebbe" nahm so das Geld, wie es seine Getreuen beschlossen.

Die Grundstücksankäufe der Kommune

Im Zusammenhange mit dieser Sache steht die vom Naziblatt behauptete Uebervorteilung der Gemeinde beim Geländeankauf von den Reimannschen Erben und Erreichung persönlicher Vorteile für gewisse Personen. Schwindel war die Behauptung der „Ostfront", daß zehntausend Mark mehr gezahlt als verlangt wurden. Gefordert wurden erst 60 000 Mark, gezahlt dagegen 43 500 Mark. Bewiesen ist damit noch nicht, daß es nicht auch noch billiger zu haben sein konnte; denn die wahrscheinlichen Urheber der Pressenotiz (entweder der Nazisohn des Rentiers Tost, oder Major a. D. Krause) wissen, was sie mit der Behauptung sagen wollten. Tatsache ist, daß die Gesamtsumme für das gekaufte Gelände äußerst schnell gezahlt wurde, was ja eigenartig ist. Begründet wurde dies damit, daß Grundstücksverwalter Massert wegen der bestehenden Schwierigkeiten an Baugelände der Gemeinde dazu geraten hat. Dieses wurde von Herrn Massert und Rummler bestätigt. Nicht festgestellt werden konnte, daß vor Abschluß des Geländekaufs durch die Gemeinde von Hertwig private Verhandlungen mit den Reimannschen Erben wegen Hergabe seiner Grundstückshypothek zur ersten Stelle geführt worden wären. Reichlich dunkel ist trotz Untersuchungsausschuß diese Angelegenheit.

Wenn der SPD.-Bürgermeister Auto fährt

Die Durcharbeitung der Akten der Autoverträge Hertwigs mit der Gemeinde kosteten stundenlange Arbeit. Von den KPD.-Vertretern wurden diese Verträge damals schon aufs schärfste bekämpft, als sie zur ersten Durchsicht vorlagen. Bei der jetzigen Durchsichtung zeigte sich erneut die wahnsinnige Vervulverung von Steuergeldern durch die sozialdemokratisch-bürgerliche Mehrheit, wenn es sich um das „Dienstauto" der Gemeinde handelt. Für KPD.-Anträge, die Hilfsbedürftige unterstützen sollten, waren niemals Mittel vorhanden oder galten als „ungesetzlich".

Auf Grund eines Beschlusses der Gemeindevertreter konnte der Gemeindevorsteher immer noch unwiderruflich bis Ende 1934 fordern zunächst die 3200 Mark zinsloses Darlehen mit 600 Mark jährlicher Abzahlung, 100 Mark Autoversicherung, 276 Mark Steuern und außerdem noch die sogenannten kleineren Reparaturen. Dazu kamen 100 Mark monatliche Pauschalentschädigung für „dienstliche Benutzung" des Autos innerhalb des Straßenbahnnetzes und das Fahrgeld zweiter Klasse über die Grenze hinaus. Dazu gehörten noch ein Tagegeld von 12 Mark und „täglicher Arbeitslohn" von knapp 42 Mark. Rechnet man dazu, was die Gemeinde laut Aufstellung bezahlte, ferner Betriebsstoff und Pflege des Wagens, der 1929 angeschafft wurde, so wird wohl selbst dem größten Lebenskünstler mit 500 Mark Monatsgehalt der Appetit auf ein solches Verkehrsvehikel vergehen. Im Frühjahr wurde wieder ein neuer Wagen angeschafft. Das Gemeindeoberhaupt ließ den Gemeindevorstand einen Beschluß fassen, daß die Mittel für sein Verkehrsauto bis 1934 im voraus ausgezahlt werde. Das war die Kleinigkeit von 2700 Mark. Davon hat der Allgewaltige das zinslose Darlehen restlos abgezahlt. Die „Ersparnis" für die Gemeinde lag darin, daß die Versicherungssumme allein um 600 Mark jährlich, desgleichen die monatliche Entschädigung von 100 auf 75 Mark herabgesetzt wurde. Nach diesen reduzierten Sätzen ist die Summe errechnet und auf drei Jahre im voraus gezahlt worden. Auf Grund der Notverordnung wurde bei diesen Beschlüssen die Gemeindevertretung ausgeschaltet. SPD.-Arbeiter, so sieht die „Demokratie" aus.

Nächtliche Besichtigungen mit ‚nasser Einlage'

Außer den auf der Tagesordnung stehenden Punkten wurden auf Antrag unseres Vertreters noch andere Fragen behandelt. So die **nächtliche Besichtigung, nicht des Amtshauses, wie die „Ostfront"** schrieb, sondern des Wohlfahrtsgebäudes und des Feuerwehrdepots. Es wurde festgestellt, daß die Mitglieder des Wüstemaltersdorfer Gemeindevorstands zu Studienzwecken die „sparsame" Beleuchtung besichtigten. Während der nachfolgenden Anfeuchtung der verstaubten Kehlen fiel es anwesenden Kommunalfunktionären ein, daß sie auch mal gerne die Weißsteiner „kulturellen und sozialen" Einrichtungen besichtigen müßten. Darauf läutete Hertwig **sofort den Hausmeister des Wohlfahrtshauses an. Es war kurz vor zehn Uhr, als man an den Hausmeister das Ansinnen stellte, er solle sich zu „einer Besichtigung zur Verfügung stellen". Der kleine Angestellte konnte natürlich nicht nein sagen. Außerdem hat er auch wohl nicht damit gerechnet, daß der Weg von Weißstein, der zu Fuß in 10 Minuten zurückgelegt wird, per Auto eineinhalb Stunden dauerte. Die „Besichtigung" fing gegen ½12 Uhr an und endete „schon" ½2 Uhr nachts im Feuerwehrdepot. Von unserem Ausschußmitgliede wurde dieser Fall scharf kritisiert. Mit Rücksicht auf das Personal und die unnötigen Personal- und Beleuchtungskosten müssen diese Besichtigungen gänzlich ausfallen oder zu einer anderen Zeit stattfinden. Der Beleuchtung, die man „besichtigte", folgte eine „Beseuchtung", die scheinbar stets zu solchen „Besichtigungen" gehört.**

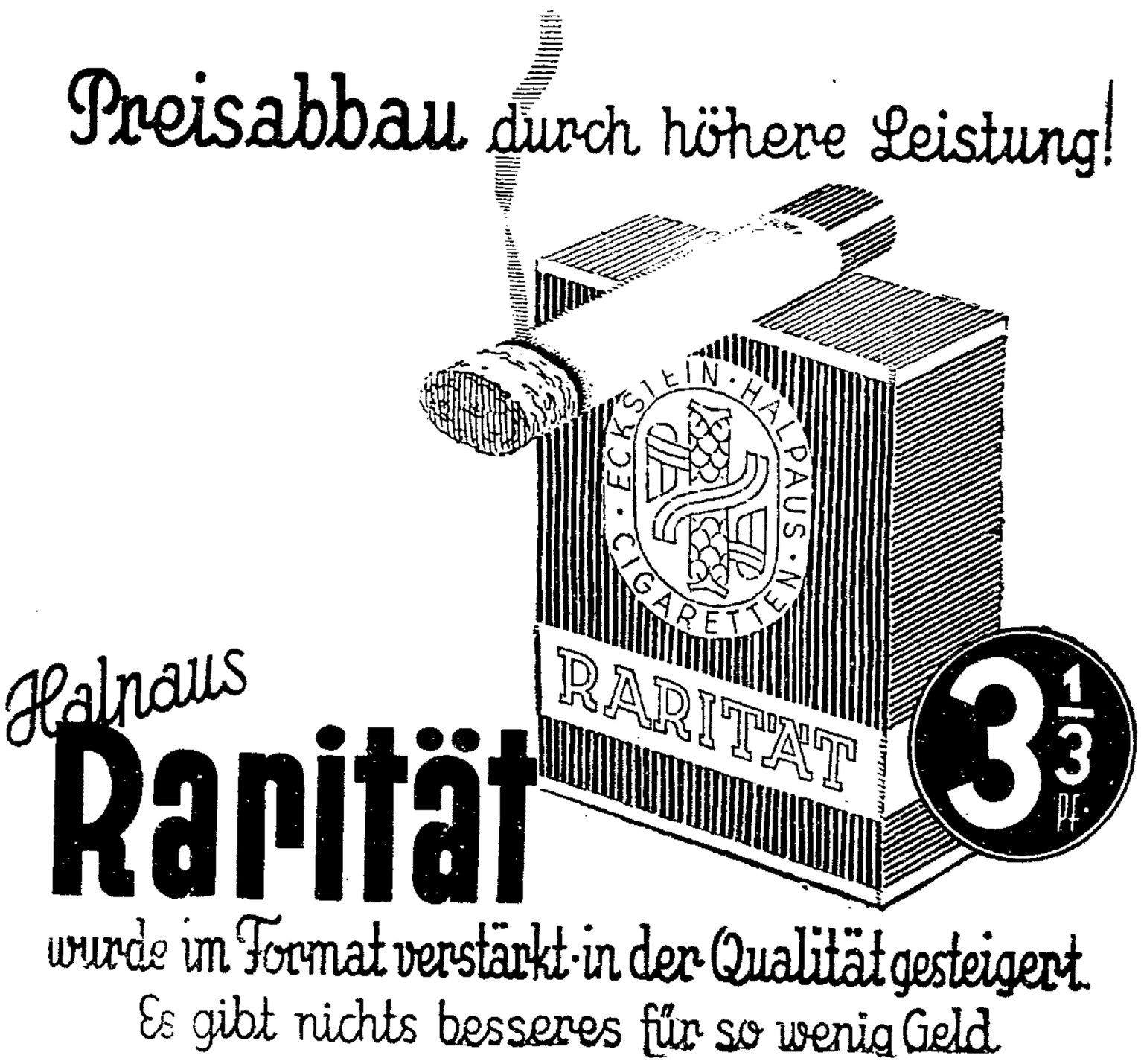
Was taten die Nazis im Untersuchungsausschuß?

Nazi-Weiß war auch im Untersuchungsausschuß. **Er entrüstete** sich nur dann, wenn es um sein persönliches Ich ging. **Er kritisierte** die Pflichtarbeiter-Bezahlung. Der KPD.-Vertreter **gab ihm die** Antwort, daß ja gerade die Nazis die Pflichtarbeit aufs **wärmste** befürworten und er absolut kein Recht habe hier mitzusprechen. Die einzigen Gegner sind die Kommunisten, die Pflichtarbeit und die Hungersätze bekämpfen.

Damit auch der Witz nicht fehlte, **erklärte Nazi-Weiß** anläßlich der Hundesteueraffäre, wo man seinem Sohn 12 Mark Steuer vom Lohn abgezogen hat, daß er einen Hund halten müsse zum „Schutze gegen die Kommunisten". Adolf Hitler habe ihm verboten, sich zu bewaffnen. (Wer lacht da nicht.) Die gesamte Tätigkeit des Nazivertreters im Untersuchungsausschuß erstreckte sich in der Hauptsache auf ein paar schwache Versuche, die Lügen der „Ostfront" zu verteidigen. Dies gelang ihm so schlecht, wie die SPD. ihre Korruption verdecken konnte.

SPD.-Arbeiter, nun hast du das Wort

Ungeheuer ist der Sumpf, der sich da dem Leser zeigt. Gelder wurden verpulvert an alles mögliche, nur nicht für die Notleidenden der Gemeinde. Die Leute, die stets predigen von der „Durchsetzung des bürgerlichen Staates" zur Eroberung für die Arbeiterschaft, sind versumpft, versippt mit dem System. Sie denken nicht daran, auch nur einen Finger krumm zu machen für die Arbeiterschaft. Die Lehre, die du aus allem ziehst, SPD.-Arbeiter und Reichsbannerkamerad, ist, daß du brechen mußt mit den Wegbereitern des Faschismus, mit der Partei des Arbeiterverrats. Wenn auch der Untersuchungsausschuß tagte und gegen die „Ostfront" die SPD. loszog, so sind sie doch im Prinzip einig, wenn es gegen die klassenbewußten Arbeiter geht. Das hat sich bei dem letzten Streik hundertfach bewiesen. Darum, her zur Kommunistischen Partei! Wir reichen euch im Kampfe gegen Not und Elend die Bruderhand.



Rund um den Erdball

144 Stunden lebendig begraben

Sieben Bergleute der Karsten-Grube unverletzt geborgen — Bergungsarbeiten statt Rettungsarbeiten — Arbeit für einen proletarischen Untersuchungsausschuß

Am Sonntagabend um 19 Uhr wurden auf der Karsten-Zentrum-Grube die sieben verschütteten Bergleute, mit denen man seit einigen Stunden Verbindung hatte, lebend geborgen. Sie sind natürlich, nachdem sie sechs Tage und sechs Nächte auch von der Nahrungszufuhr vollkommen abgeschnitten waren, außerordentlich erschöpft und können nähere Angaben zur Zeit noch nicht machen. Aerztliche Betreuung wurde ihnen sofort an der Bergungsstelle zuteil. Die Bemühungen zur Freilegung der restlichen sieben Eingeschlossenen, die an einer anderen Stelle der Strecke gearbeitet haben, werden fortgesetzt. Mit diesen Bergleuten konnte bisher keine Verbindung hergestellt werden.

Der Bohrer greift ins Leere ...

Beuthen, 11. Januar. Zu der gänzlich unerwarteten Rettung der bereits von allen offiziellen Stellen als tot erklärten 14 Kumpels wird noch bekannt, daß am Sonntagabend gegen 19 Uhr der Bohrer, mit dem die „Bergungskolonnen arbeiteten, plötzlich ins Leere griff. Vorsichtig wurde nun die Oeffnung erweitert und nach einigen Minuten vernahmen die Mannschaften bereits leise Klopfzeichen der Eingeschlossenen. Beim weiteren Vordringen fanden sie zunächst vier und dann weitere drei Kumpels. Die Namen der sieben Geretteten sind: Sloma, Alfred, Rohrleger aus Beuthen, Klukowitz, Josef, Hauer aus Königshütte, Marek, Wilhelm, Fördermann aus Beuthen, Ludwig, Emil, Fördermann aus Karf, Nowak, Paul, Häuer aus Beuthen, Starlinski, Alois, Fördermann aus Miechowitz, Kulpok, Paul, Fördermann aus Miechowitz. Wilhelm Marek trug einen Oberschenkelbruch, Klukowitz Fleischwunden davon.

Die Retter im Unglücksstollen

Grauenvolle Stunden

Bis Montagmittag ist es nicht gelungen, an die restlichen sieben verschütteten Bergleute heranzukommen. Es besteht auch keine Verbindung mit ihnen. Entgegen anderslautenden Meldungen schwebt man also über das Schicksal dieser sieben Eingeschlossenen nach wie vor im Ungewissen.

Bei den geretteten sieben Bergleuten macht die Erholung weitere Fortschritte. Man erfährt jetzt Einzelheiten über die furchtbaren 144 Stunden, die diese Bergleute von aller Welt abgeschnitten verbracht haben. Zur Zeit des Unglücks waren sie an verschiedenen Stellen der Strecke beschäftigt. Nach und nach fanden sie sich in einem Hohlraum zusammen, der den meisten Schutz zu bieten schien. Zum Glück war jedoch die Preßluftleitung intakt geblieben, so daß sie wenigstens nicht unter Luftmangel zu leiden hatten.

Schlimmer war es mit der Nahrung bestellt. Da sie bis zur Zeit des Unglücks bereits vier Stunden sich unter Tage befanden, hatten sie nur wenig Brot bei sich. Von Anfang an sind sie dann mit diesen Resten äußerst sparsam umgegangen. Sehr gelitten haben sie unter dem Mangel an Trinkwasser. Sie halfen sich schließlich dadurch, daß sie sich an den Wassertropfen, die sich infolge des Temperaturunterschiedes an der Kaltluftleitung bildeten, erfrischten. Obwohl sich die Eingeschlossenen der Gefährlichkeit ihrer Lage voll bewußt waren, haben sie bis zum letzten Augenblick darauf gehofft, daß es ihren Kameraden gelingen würde, sie rechtzeitig zu befreien. Einige von den Geretteten haben sich überraschend schnell erholt.

Wie bereits erwähnt, arbeiten die Rettungskolonnen jetzt unermüdlich weiter, um zu den anderen sieben Verschütteten zu gelangen. Vom Schachteingang kam Montag nachmittag das Gerücht, daß an der verschütteten Strecke zwei Leichen gesehen wurden. Man nimmt an, daß die Toten zu der Gruppe der sieben noch verschütteten Bergleuten gehören.

Im übrigen wurde auch von den Geretteten erklärt, daß sie unter dem Gestein zwei Tote gesehen hätten. Bis jetzt konnten jedoch die Leichen nicht geborgen werden. Die Rettungsmannschaften, die in achtstündiger Schicht arbeiten, hoffen, im Laufe des Tages zu der Stelle vorzudringen, wo sich die anderen verschütteten Bergleute befinden müssen. Bis mittag war ihr Schicksal noch ungewiß.

Vor dem Zechengebäude harrt immer noch eine dichte Menschenmenge, die gierig jede neue Nachricht über das Rettungswerk aufnimmt.

Die Rettung der sieben längst Totgeglaubten hat in ganz Oberschlesien und darüber hinaus in ganz Deutschland das allergrößte Aufsehen erregt. Gleichzeitig aber werden stündlich leidenschaftliche Stimmen laut, die erklären, daß die Rettung aller vierzehn verschütteten Bergleute durchaus möglich gewesen wäre, wenn man das Rettungswerk nicht so vorschnell als bloße „Bergungsaktion" weitergeführt hätte. Empört erinnern jetzt die Bergleute daran, daß bereits am 5. Januar in einem Bericht der Bergbehörde erklärt würde, daß „die Streckenbetriebe, in denen die Verschütteten arbeiteten, vollkommen zerbrochen sind. Die Aufräumungsarbeiten werden sich voraussichtlich noch mehrere Tage hinziehen. Es steht fest, daß keiner der Verschütteten mehr am Leben ist.

Das Verdienst der Grubendirektion ist es also nicht, wenn die sieben Kumpels jetzt noch gerettet werden konnten. Gerettet, dank der aufopferungsvollen Arbeit der Rettungsmannschaften, die sich während ihrer ganzen Aktion in keiner Minute als bloße „Wegräumer" betrachteten, sondern als Retter ihrer in Gefahr schwebenden Kameraden. Aufgabe eines proletarischen Untersuchungsausschusses wird es sein, Beweise für die hier nur angedeuteten Unterlassungen herbeizuschaffen und im Massenkampf zu erzwingen, daß die Schuldigen an dieser verbrecherischen Gleichgültigkeit bestraft werden.

Die KPD. für die durch Hochwasser Geschädigten

Mit dem Wasser steigt die Not ...

Vergrößerung des Elends der werktätigen Bauern, Siedler und Kleinpächter — Berichtet über die Auswirkung der Hochwasserkatastrophen

Berlin, 11. Januar. Aus allen Teilen Deutschlands treffen immer noch unausgesetzt Meldungen über riesige Ueberschwemmungen durch das plötzlich eingetretene Hochwasser ein. In Mitteldeutschland ist der Damm der Mulde bei Retzau gebrochen, die Dörfer Retzau und Sallmitz sind bedroht. Ebenfalls Dammbruch bei Riesau. Von Bayern, vom Schwarzwald, Sachsen, Braunschweig, von überall her kommen Nachrichten ungeheurer Hochwasser, die Dämme, Deiche, Brücken wegspülen, ganze Orte unter Wasser setzen, Aecker und Wiesen überschwemmen. Nach vielen Meldungen ist der Schaden unübersehbar groß ...

Es ist klar, daß die Leidtragenden der Katastrophe wiederum die arme Bevölkerung der Städte und des Landes sind. In den Städten sind es die Arbeiter, Arbeitslosen, Rentner, Kleingewerbetreibenden und andere, die gewöhnlich in den Löchern und Mietkasernen der Altstadt hausen, die zumeist an den ungeschützten Ufern der Flüsse liegen. Auf dem Lande wiederum treffen die Schäden und vor allem die Flurschäden ganz besonders die kleinen Bauern, die schon sowieso in Not und Elend leben, sich nicht mehr zu helfen wissen.

Das Beispiel der Chemnitzer Kampfbündler

Die Kommunisten müssen überall sofort für die geschädigten Kleinbauern, Winzer, Siedler, Kleinpächter usw. Hilfsaktionen einleiten, ganz real und praktisch, wie es die Kampfbündler in Chemnitz getan haben. Schaffen praktische Beispiele des Bündnisses zwischen Stadt und Land. Es müssen aber auch weiter sofort Schritte unternommen werden zur Mobilisierung der werktätigen Bauern für die elementarsten Schadenersatzforderungen an die Gemeinde, Kreis und Staat. Unsere Parlaments- und Gemeindevertreter sollen schleunigst Anträge zur Hilfe an die Hochwassergeschädigten einbringen. Die werktätigen Bauern müssen ihre Forderungen durch Bildung von Geschädigten-Komitees Nachdruck verleihen. Sie müssen durch Aktionen und Kampfprogramme diese Forderungen mit den Forderungen in Bezug auf Steuern, Pacht und Zinslasten verknüpfen.

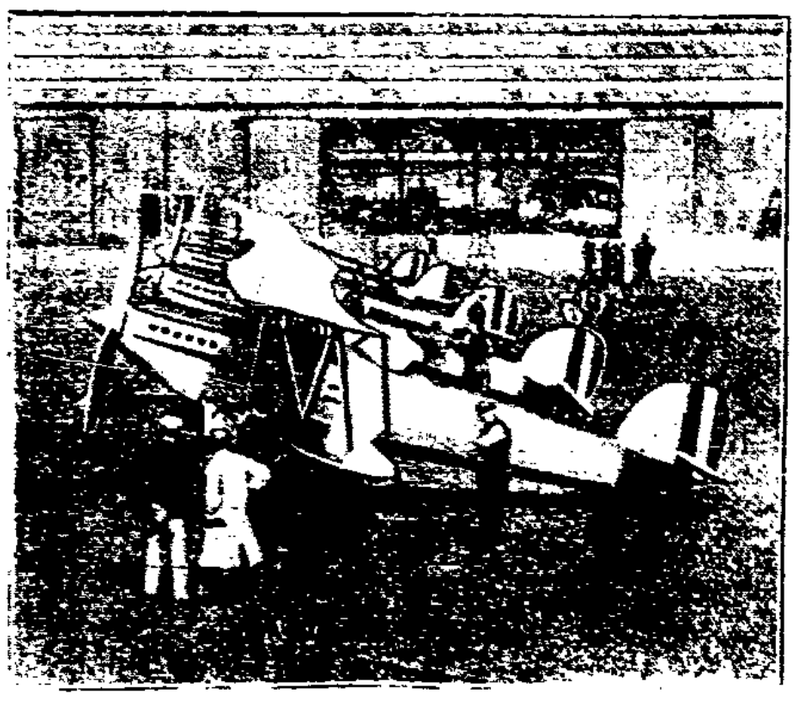
Sendet an alle Parteiorgane eure Berichte über die Höhe und den Umfang der Hochwasserschäden ein. Die Partei der Werktätigen und Ausgebeuteten, die KPD. kämpft in allen Situationen für die Notleidenden in Stadt und Land.

Skelett im Walde gefunden

Ein Mord vor drei bis vier Jahren?

Köln, 11. Januar. Am Sonnabend nachmittag fanden Holzsammler in dem bei Idar gelegenen Dietzenwald in einer mit Steinen und Holz bedeckten Grube das Skelett eines Mannes.

Die Untersuchung ergab, daß es sich um einen Mann im Alter von 20 bis 30 Jahren handelt, und daß die Leiche etwa drei bis vier Jahre dort gelegen hat.



Im Zeichen der Abrüstung

Während die Imperialisten und Pazifisten von der Abrüstungskonferenz faseln, bekommt Belgien von englischen Flugzeugfabriken eine große Anzahl moderner Kampfflugzeuge geliefert. Es sind dies Maschinen mit starker Panzerung und hoher Geschwindigkeit. Unser Bild zeigt einige der Kampfflugzeuge bei der Abnahmeprüfung auf dem Platze einer Flugzeugwerft in England.

Um ein Mädchen ...

Zweiundzwanzig Verletzte

Belgrad, 11. Januar. Wie aus Bosnisch-Brod berichtet wird, waren in dem Dorf Lischnjatze zwei Bauernburschen wegen eines Mädchens in Streit geraten. Da keiner von beiden zurücktreten wollte, versicherte sich jeder der Mithilfe einer möglichst großen Zahl von Bauernsöhnen. Als es zur Austragung des Kampfes kam, waren über 100 Burschen mit Messern und Prügeln erschienen. Nach kurzer Zeit lagen 22 mehr oder minder schwer Verletzte auf dem Schlachtfeld.

Typhusepidemie in Orleans

Bereits 50 Schwererkrankte

Paris, 11. Januar. In Orleans ist eine schere Typhusepidemie ausgebrochen. Die Ursache der Seuche konnte von den Gesundheitsbehörden angeblich noch nicht ermittelt werden. Bis zum Sonntag abend wurden insgesamt 50 Schwerkranke verzeichnet. Auch in Paris macht der Typhus, dem auch der Kriegsminister zum Opfer gefallen ist, weitere Fortschritte. In der Presse werden Warnungen vor dem Genuß ungekochten Wassers veröffentlicht.

Tödlicher Boxunfall in Berlin

Einen tragischen Abschluß fand der Mittelgewichtskampf zwischen Kaul (Polizeisportverein) und Rutkowski (Teutonia), der am Sonntag in Berlin stattfand. In der zweiten Runde wurde Kaul schwer zu Boden geschlagen und schlug dabei mit dem Kopf so unglücklich auf, daß er wenige Stunden später im Krankenhaus verstarb.

34 Millionen Einwohner in Polen

Wie dem Krakauer „Illustrierten Kurier" gemeldet wird, soll eine vorläufige Berechnung des Volkszählungsergebnisses für Polen eine Gesamteinwohnerzahl von 34 Millionen erbracht haben.

„Was lernen unsere Kinder in der Schule?"

Eltern und Kinder beteiligen sich an dieser interessanten und wichtigen Diskussion des „Magazin für Alle". Das „Magazin für Alle" kostet nur 10 Pfennig und ist bei jedem „AJZ."-Kolporteur zu haben.

Gollnower Ausbrecher wieder gefaßt

In einem Ziegenstall in Pyritz

Stettin, 11. Januar. Die beiden aus der Strafanstalt Gollnow ausgebrochenen Schwerverbrecher Gulski und Kanzenbach sind nach längerer Polizeijagd im Ziegenstall des Kanzenbachschen Grundstücks in Pyritz ergriffen und inzwischen wieder nach Gollnow gebracht worden.

Verantwortlich: Alfred Hendrich, Berlin.

Breslau

Breslau, 12. Januar.

Gestaltet die

Lenin Liebknecht Luxemburg

Feiern

zu Massenkundgebungen
in den Betrieben,
auf den Stempelstellen,
in den Städten und Dörfern!

Ich trete aus dieser Schiebergruppe aus

Fast täglich geben uns neue Meldungen von Uebertritten langjähriger sozialdemokratischer Mitglieder zur KPD. zu. Ein Zeichen, daß die Arbeiterschaft immer deutlicher erkennt, daß nur der Weg des revolutionären Klassenkampfes der einzige Ausweg aus dieser Katastrophe ist. So meldet man uns unter anderem aus Trebnitz, daß ein langjähriges Parteimitglied, Paul Köbisch aus Kodlowe bei Trebnitz, aus der SPD. ausgetreten ist und folgende Erklärung dazu abgegeben hat:

„Nach dem gemeinen Verrat, welche die SPD. durch ihre Führer Janotta, Marzog, Srowig, Thiel, Wallis, Bretthorst und andere mehr an mir und meiner Familie begangen hat, trete ich mit dem heutigen Tage aus dieser Schiebergruppe aus und trete zur KPD. über.“

Aus dieser Erklärung, die dieser Arbeiter abgegeben hat, spricht die ungeheure Empörung in der Arbeiterschaft gegen die Streikbruchorganisatoren. So wie dieser Arbeiter, so denken noch Tausende, die noch heute Mitglied der SPD. sind und nicht die Konsequenz gezogen haben. Alle diese ehrlichen Arbeiterelemente, die sich noch in den Reihen der SPD. befinden, loszulösen und sie der revolutionären Klassenkampfpartei, der KPD., einzureihen, das ist die Aufgabe, die augenblicklich vor uns steht. Es gilt, die sozialdemokratischen Arbeiter davon zu überzeugen, daß die SPD. die Hauptstütze der Bourgeoisie und damit auch der Hauptfeind der Arbeiterklasse ist. Nur die Kommunistische Partei vermag die Arbeiterschaft zum Sieg — zum Sozialismus — zu führen.

Durch Gas vergiftet — Unglücksfall oder Freitod

Am Sonntagmorgen wurde ein 60jähriger alleinstehender Pensionär August H. in seiner Wohnung gasvergiftet aufgefunden. Der Bewußtlose wurde in das Wenzel-Hancke-Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf verstarb. In der Wohnung zeigte sich der Gasschlauch am Gaskocher gelöst, während der Hahn geöffnet war. Es liegt die Vermutung nahe, daß der Tote infolge seiner Gebrechlichkeit einen Ohnmachtsanfall erlitten und dabei den Gasschlauch aus seiner Verbindung gerissen hatte, doch liegt ebenso nahe ein Freitod.

Die neuen Hungersätze

Der Kreisausschuß des Landkreises Breslau hat in seiner letzten Sitzung die neuen Hungersätze für die Erwerbslosen beschlossen. Sie richten sich im besonderen gegen diejenigen Personen, die ledig oder verwitwet sind und im Haushalt von Angehörigen wohnen.

Nach diesem Beschluß werden ab 4. Januar nur noch nachstehende Sätze zur Auszahlung gebracht:

Für Personen im Alter bis zu 16 Jahren sofern der Vater oder die Mutter selbst Wohlfahrts-, Krisen- oder Arbeitslosenunterstützung beziehen,	1,50 Mark
von 16 bis 18 Jahren	2,50 Mark
von 19 bis 21 Jahren	3,50 Mark
von 22 Jahren und darüber	4,50 Mark

Mit diesen Hungerpfennigen werden die jungen Menschen abgefeist, während auf der anderen Seite keine Behörde daran denkt, die Riesengehälter der hohen Beamten, Direktoren und Großpensionäre abzubauen.

An allen Stempelstellen müssen sich die hungernden Proletarier zusammenschließen, Erwerbslosenausschüsse wählen und mit ihnen unter Führung der RGO. für bessere Lebensbedingungen kämpfen.

Lebensmittel verfaulen und werden verbrannt

Wohlau. Nette Zustände herrschen hier im Konsumverein „Vorwärts“, der nun stillgelegt werden soll. Unter den Mitgliedern und der Belegschaft ist die Ansicht laut geworden, daß die Stillegung des Vereins nur auf das Konto einer unerhörten Mißwirtschaft zurückzuführen ist. Wie in dieser Unterzentrale des Konsumvereins in Wohlau gewirtschaftet wurde, ergibt sich aus nachfolgenden festgestellten Tatsachen.

Im Sommer des vergangenen Jahres wurde eine ganze Anzahl Lebensmittel der Verderbnis übergeben. So wurden zum Beispiel eine ganze Anzahl Brote im Ofen der Bäckerei verbrannt. Ein großes Quantum Käse und Salzheringe wurde im Garten vergraben. Anstatt diese Lebensmittel zu verbilligten Preisen an die Genossenschaftsmitglieder abzugeben, ließ man sie lieber verderben, um sie dann zu verbrennen und zu vergraben.

Ein anderes Beispiel der Geschäftstüchtigkeit: Als in der Bäckerei eine Aushilfskraft gebraucht wurde, beschäftigte man an Stelle eines Bäckers den Sohn des Backmeisters Forno, der Maurerlehrling ist und bezahlte ihm aber den Tariflohn als Bäcker. Wir würden gegen diese Tatsache nicht viel einzuwenden haben, wenn man nicht auf der anderen Seite feststellen müßte, daß ein Bäckergeselle, der eine sechswöchentliche Aushilfe machte, regelrecht um seinen verdienten Lohn gebracht wurde. Während die Bäckergesellen zu der Zeit 38 Mark Grundlohn wöchentlich erhielten, bekam dieser Aushilfsbäcker nur 30 Mark ausgezahlt. An diesem Beispiel zeigt es sich ganz drastisch, wie in dieser Konsumvereinsunterzentrale gearbeitet wurde. Auf der einen Seite dürfen eine große Anzahl Lebensmittel verfaulen, und dafür gibt man den Proleten ihren wohlverdienten Lohn nicht in seiner ganzen Höhe. Aber wenn es sich um die Angehörigen eines Eingeweihten wie im Falle des Backmeisters F., handelt, so zeigt man sich nobel und großzügig.

Bedarf es noch eines weiteren Beispieles der Mitz- und Cliquenwirtschaft? Die Arbeiterschaft muß daraus ihre Lehren ziehen.

Erster Tag im Stahlhelm-Berufungsprozeß

Rechtsanwalt Dr. Bach lehnt Beisitzer wegen Befangenheit ab — Staatsanwalt Dr. Patschowsky wird zum Rückzug gezwungen — Er will Pressevertreter der „Arbeiter-Zeitung“ ausweisen

Breslau. Gestern vormittag begann vor der Großen Strafkammer des Landgerichts der Berufungsprozeß gegen 21 Arbeiter. Es handelt sich um die Vorgänge beim Stahlhelmtreffen am 30. und 31. Mai vorigen Jahres.

Seit den frühen Morgenstunden gleicht das Gerichtsgebäude einem Heerlager. Der lange Korridor ist vollkommen mit Schutzpolizei besetzt. Vor dem Verhandlungssaal wird alles, was die Polizeikette passieren will, einer eingehenden Durchsuchung unterzogen. Ohne Einlaßkarte oder sonstigen Ausweis ist ein Hineinkommen nicht möglich. Aber die, welche das „Glück“ haben, durch die Kette hindurchzukommen, werden vor dem Einlaß auf Waffen untersucht. Selbst vor den Pressevertretern macht man keinen Halt. Auch in den Verhandlungs- und Zuhörerraum ist ebenfalls Schupo postiert.

Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Nebesky. Die Anklage vertritt

Staatsanwalt Dr. Patschowsky,

welcher in der ersten Instanz bereits als Anklagevertreter fungierte. Als Verteidiger sind die Rechtsanwälte Dr. Bach und Dr. W. Kallisch von der Roten Hilfe gestellt.

Gleich nach Beginn der Verhandlung lehnt der Rechtsanwalt Dr. Bach den Beisitzer Dr. Prüfer wegen Befangenheit ab und begründet seinen Antrag. Der Staatsanwalt glaubt dem jedoch widersprechen zu müssen. Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück und kommt nach längerer Zeit mit dem Bescheid der Ablehnung des gestellten Antrages heraus.

Nun beginnt die Verhandlung mit der Verlesung der Protokolle der ersten Instanz. Alsdann beginnt die Vernehmung der Angeklagten, und zwar kommt als erster der ehemalige Landwirt Feinen an die Reihe. Die Aussagen der Angeklagten sind die gleichen der ersten Instanz.

Die Vernehmung des Angeklagten Fabian ergab abermals, daß dem Fabian seinerzeit Suggestivfragen gestellt worden waren, wodurch er andere Angeklagte belastete. Bei seiner heutigen Vernehmung erklärte Fabian mit aller Bestimmtheit wie in erster Instanz, keine Belastung der Mitangeklagten aufrechterhalten zu können.

Der Angeklagte Erich Rother schilderte noch einmal kurz den Vorfall des Zusammenstoßes. Während man in erster Instanz eine Schuld Rothers an dem Stahlhelmmann Müller dadurch beweisen wollte, daß in der Nähe des Aufenthaltsortes des Erich Rother **ein blutbefleckter Dolch mit dem eingeritzten Datum 30. 5. 31 gefunden worden war, mußte heute der Staatsanwalt Patschowski keinen Wert auf diesen Punkt legen.** Es kam jetzt abermals zu einem Intermezzo des Anklagevertreters Dr. Patschowski.

Vertreter der „Arbeiter-Zeitung“ soll ausgewiesen werden.

Während des Prozesses in erster Instanz war die „Arbeiter-Zeitung“ verboten. Zu dieser Zeit erschien der „Rote Hilfe“-Pressedienst, für welchen der Genosse Rösler verantwortlich zeichnete. In diesem Pressedienst wurde die Persönlichkeit des Staatsanwalts Dr. Patschowski genügend beleuchtet. Schon während der damaligen Verhandlungsdauer erwirkte der Staatsanwalt Dr. Patschowski, daß dem Genossen Rösler **kein Justizpresseausweis gewährt wurde.** Trotz alledem erschien der Pressedienst weiter und charakterisierte das Vorgehen des Anklagevertreters. Als nun im Verlaufe des heutigen Verhandlungstages Genosse Rösler erschien, stellte Dr. Patschowski, der heute **ohne Monokel** erschienen war, einen schriftlichen Antrag auf Ausweisung des Genossen Rösler. **Der Gerichtsbeschluß bedeutete eine erneute Niederlage, denn das Gericht gab dem Antrag auf Ausweisung des Genossen Rösler nicht statt.** Der nächste Angeklagte **Max Rother** blieb bei den Aussagen der ersten Instanz. Er wehrte sich insbesondere gegen den Vorwurf des Staatsanwaltes, wonach sein Hemd blutbefleckt gewesen sei und er auf einen Stahlhelmmann eingeschlagen haben soll.

Frau **Bruschke, welche in erster Instanz mit 10 Monaten Gefängnis verurteilt war,** erklärte genau das gleiche wie beim ersten Prozeß. Von einer Mitschuld des Angeklagten Max Rother kann nicht die Rede sein, da er keine Hieb- oder Stichwaffen besitzt. Mit der Vernehmung der Frau Bruschke wurde das Verhör der Angeklagten abgebrochen.

Anschließend daran gab es noch verschiedene Zusammenstöße zwischen dem Ankläger und dem von der **Roten Hilfe gestellten Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Bach.** Gegen die von der Staatsanwaltschaft im ersten Prozeß aufgestellte Behauptung, es sei von einem Ueberfall von Stahlhelmern auf Arbeiterlokale keine Rede, unterbreitete Dr. Bach dem Gericht mehrere Anträge.

In einem dieser Anträge verlangte der Rechtsanwalt die Ladung des Volkswachtredakteurs Ludwig. Dieser soll, obwohl er politischer Gegner der Kommunisten ist, bekunden, daß die Stahlhelmbanditen während des An- und Abmarsches zum Stahlhelmtag Arbeiter überfallen haben. Desgleichen nannte die Verteidigung Zeugen, welche tatsächlich von Stahlhelmhorden geschlagen worden sind, **und die Ladung des Kriminalbeamten Glabisch zum Beweise darüber, daß Anzeigen wegen Mißhandlung durch Stahlhelmleute erstattet worden sind.** Der Staatsanwalt kommt in den Gefechtseifer des ersten Prozesses zurück und verlangt Ablehnung der Anträge der Verteidigung.

Anklagevertreter wird zum Rückzug genötigt

Um seine Stellungnahme zu begründen, mußte er diesmal notgedrungen der Wahrheit die Ehre geben und als wahr unterstellen, daß **tatsächlich die Kettenhunde des Kapitals Terror auf die arbeitende Bevölkerung ausgeübt haben.** Als der Anklagevertreter einen Teil der Zeugen als nicht glaubwürdig hinstellen will, kommt es abermals zu einem Zusammenstoß. Die Verteidigung erhob gegen die Manieren des Staatsanwalts, Entlastungszeugen von vornherein als unglaubwürdig zu betrachten, schärfsten Protest und erklärte mit Recht, daß durch die Machination des Anklagevertreters die Stahlhelmhorden als „liebe nette Bürger“ hingestellt werden sollen. **Dr. Bach erklärte weiterhin, daß, wenn Dr. Patschowski auf diesem Standpunkt bestehe, er fernerhin die Vernehmung des Polizeipräsidenten von Koblenz verlangen werde. Der Koblenzer Polizeipräsident kann unter Eid bezeugen, daß während des Stahlhelmaufmarsches in Koblenz die Stahlhelmleute auf die Bevölkerung eingeschlagen und Arbeiterverkehrslokale gestürmt haben.** Als darauf einige Zuhörer ihr „sehr richtig“ laut werden ließen, wurden sie kurzerhand durch die Polizei aus dem Verhandlungssaale gewiesen. Der Anklagevertreter Dr. Patschowski muß daraufhin als vollendete Tatsache unterstellen, daß

die Stahlhelmer den Ueberfall organisiert, provoziert und durchgeführt

haben. Nach längerer Beratung wurde der Ladung von einigen Entlastungszeugen, so auch des Polizeibeamten Glabisch, stattgegeben. Wie schwach die Beweisführung des Anklägers ist, ist auch weiter daraus ersichtlich, daß er auf einige Zeugen und besonders seiner Kronzeugen verzichtete. Gegen 15 Uhr wurde die Verhandlung dann auf heute morgen 9 Uhr vertagt.

„Linke“ SPD.-Phrasen im Sievers-Verband

Neujahrsbetrachtungen des sozialdemokratischen „Freidenkers“

Breslau. Der „Freidenker“, das Zentralorgan des Sievers-Verbandes, bringt in seiner Neujahrsnummer einen längeren Leitartikel unter der Ueberschrift: „Zerstörte Illusionen“, der auf recht „links“sozialdemokratische Manier die Dinge auf den Kopf stellt, um die Ursache für die faschistischen Maßnahmen (Verbot republikanischer Abzeichen usw.) vor den empörten Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu verschleiern.

Daß der Artikelschreiber, als Vertreter der Verbandsbürokratie, nicht ein bloßer Dummkopf, sondern ein bewußter politischer Betrüger im Auftrage der SPD.-Führung ist, beweisen seine Schlußfolgerungen aus den faschistischen Tatsachen. Als die Ursachen der Entwicklung sieht er eine „lange Kette von Fehlern, Unzulänglichkeiten, Mangel an Scharfblick und Tatkraft“, wobei er allerdings den Namen der SPD.-Führer sorgfältig vermeidet. Er schreibt von „Baumeistern“, die 1918 in „kindlicher Freude“ übersehen hätten, „die Ziegelsteine für die Demokratie einzusetzen“. Kindliche Freude!

Phillipp spielt mit der Republik!

Aber dann — „Träger und Wächter dieser Demokratie hätte die proletarische Klasse sein und bleiben müssen“. Und nun die alte Gemeinheit auf den bewußten Betrug: „Sie (die proletarische Klasse) zeigte sich aber dieser Aufgabe nicht gewachsen und ließ sich im Namen der Demokratie die Führung aus der Hand nehmen, die gar bald — mißbraucht und geschändet — der Tummelplatz wüstester Reaktion wurde.“ Demnach waren also nicht die „Baumeister“, sondern die unfähige proletarische Klasse an der Faschisierung der freiesten Republik der Welt schuld.

Trotz der blutigen faschistischen Diktatur ist sie für ihn aber noch immer „die deutsche demokratische Republik“. Daran ändert scheinbar auch nichts seine Feststellung, daß sich die preußischen Bischöfe wegen kommunistischer Zellenbildung in den Konfessionsschulen um Hilfe an dasselbe Kultusministerium, dessen Leitung dem religiösen Sozialisten Grimme untersteht, wandten, das eben im Begriff steht, „die weltlichen Schulen ihres Lehrernachwuchses zu berauben“. Ein bürgerliches Klassengericht wies der sozialdemokratischen Preußenregierung in diesem Falle zwar Verfassungsbruch nach.

Was kümmert die Schöpfer der Weimarer Verfassung aber die Verfassung?

Der preußische Staat als Bollwerk der Demokratie legt vielmehr Berufung gegen dieses Urteil ein, **ein Schlag, der sich nicht nur gegen die Freidenkerbewegung, sondern vor allem gegen das proletarische Kind richtet.** Obgleich die SPD. so etwas wie eine freie Schulbewegung geschaffen hat, von der der Schreiberling feststellt, daß der Vater sein eigenes Kind langsam abmurksen muß.

Und was zeigt er für einen Weg zum Kampf gegen den Faschismus auf dem Kulturgebiete? Er zeigt wieder einmal, daß die SPD.-Führung des Freidenkerverbandes mit verschwommenen und wenn es sein muß auch scheinradikalen Phrasen die Mitgliedschaft zur ärztlichen Assistenz für den Kapitalismus weiter mißbrauchen will. Der Schreiberling „zerstörter Illusionen“ schließt: „Das Jahr 1932 ist das Jahr der Entscheidung“ — genau wie Hitler — „möge im gegebenen Augenblick die große Stunde nicht abermals ein kleines Geschlecht finden.“

Mit keiner Zeile versuchte jener Schreiberling den Weg zu zeigen, den das Proletariat gegen den Kulturfaschismus beschreiten muß. **Sein spaltenlanger Artikel hat nur die eine Aufgabe, durch radikale „links“sozialdemokratische Phrasen neue Illusionen in die Arbeitermassen hineinzutragen. Kein Wort von der proletarischen Einheitsfront, die diese Lakaien — wie im Falle Felsen — jetzt mit allen Kräften zu verhindern suchen. Die Einheitsfront der deutschen proletarischen Freidenkerschaft bildet sich aber schon. Sie wird in einem deutschen Oktober sowohl das nationalfaschistische wie das sozialfaschistische Gerümpel mit über Bord spülen. Sie wird unter revolutionärer Führung auf höherer Plattform den Kulturkampf weiter und zum Siege führen. Sie wird die Massen vom kirchlichen Einfluß lösen und sie durch die Kampfgemeinschaft proletarischer Freidenker in die revolutionäre Front eingliedern. Das werden keine „zerstörten Illusionen“, sondern harte Tatsachen sein.**

Lobe-Theater

Hugo von Hofmannsthals Lustspiel **„Der Schwierige“** führt in die Welt des österreichischen Hochadels, einer hyperkultivierten, bereits versunkenen Welt, von der heute nur noch ein Moderdunst erhalten ist, in dem sich Menschen wie blutleere Schattengestalten bewegen. Auch die Menschen des Stückes sind leere Schemen, der „Schwierige“ selber ein völlig willenloser Graf, der vor jeder Situation kapituliert. Hofmannsthal geht nicht satirisch an den Stoff heran, weil er selbst zu sehr in dieser dünngeistigen Luft lebt und sie mit Liebe atmet. Hofmannsthal und die Gestalten seiner Stücke spinnen sich selig in eine romantische Welt der Schönheit ein, **ohne zu bedenken, daß diese Welt eine Schmarotzerwelt ist, lebend vom Blut und vom Schweiß der Masse Namenloser, die für diese schmale Gesellschaftsschicht frohnt und ihr so erst die Voraussetzung für ein „Leben in Schönheit“ schafft.** Das geht natürlich aus dem Stück von Hofmannsthal nicht hervor, weil der Dichter ja an der Welt, in der er lebt, nichts auszusetzen hat.

Barnay traf mit seiner Inszenierung richtig den Ton des Stückes, ebenso Wilton mit seinen Bühnenbildern. Aus der Fülle der Darsteller seien genannt Hans Frank, der die Textrolle erstaunlich mühelos spielte, dann Ria Rose als ihr zärtlichkeitsbedürftiges Herz an den Freund hängende Ehefrau und schließlich Hans Madin, Maja Sering, Benno Carlé, Alfred Helene eine Fehlbesetzung.

muscha.

Verantwortlich für die erste und zweite Hauptseite, Provinz und Lokales: Hermann Wendlandt, Breslau. — Für die übrigen Seiten: A. Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 60.

Korruptionsskandal beim Wohlfahrtsamt

Oberstadtsekretär Hoffmann verschob Brotmarken — Statt Disziplinarverfahren nur Versetzung — Der vertauschte Trauring aus der Niedergasse — Wann gedenkt der „Ober" einzugreifen?

Breslau. Das Bollwerk des Ostens, Breslau, erlebte innerhalb kurzer Zeit mehrere Skandale. Erinnert sei hier nur an den Bestechungsprozeß gegen Beamte und Beamtinnen des städtischen Heiz- und Maschinenamtes, welche Geschenke und Autofahrten von Lieferfirmen angenommen haben. Doch nachfolgende Tatsachen, **für die uns eidesstattliche Erklärungen für die Richtigkeit der Behauptungen vorliegen,** rufen insbesondere den Protest der Erwerbslosen heraus.

Der jetzt in der städtischen Heil- und Pflegeanstalt Herrnprotsch angestellte **Oberstadtsekretär Gustav Hoffmann** war vor einiger Zeit Beamter der Blockstelle II, Sternstraße. Hoffmann führte nach außen hin das Leben eines frommen und geachteten Mitbürgers. H., welcher jetzt wieder bei seiner Familie wohnt, lebte seinerzeit getrennt. In der damaligen Zeit schaffte sich Hoffmann ein Verhältnis an, und damit dieses nicht in die Brüche gehen sollte, avancierte der Ehemann seine Geliebte zur Freundin. In dieser Zeit soll Hoffmann — der sonst ein Moralpauker ist — noch irgendwelche strafbare Handlungen gegen den § 218 begangen haben. Jetzt soll gegen Hoffmann ein Strafantrag gestellt sein.

In seiner Eigenschaft als Beamter der Blockstelle Sternstraße **wurden durch Hoffmann Brotmarken verschoben.** Die Ehefrau S., mit der Hoffmann vergnügte Stunden gewissen hatte, wurden durch Hoffmann Brotmarken in mehrfacher Anzahl, obwohl Frau S. keinen Anspruch darauf hatte, zugesteckt. Hoffmann wollte mit den gestohlenen Brotmarken einen doppelten Schachzug führen. Erstens sollte die Frau S. für Bettfreuden zugänglich gemacht werden, und zweitens wollte sich Hoffmann bei dem Ehemann der Frau S. als „wohltätiger Freund" aufspielen. Alle zu diesem Zwecke wurden andere Kollegen um die Brotmarken betrogen. Aber nicht nur hier verstand es Hoffmann, sich auf Kosten der ärmeren Bevölkerung zu bereichern bzw. sich als Wohltäter seiner Freunde aufzuspielen.

So vertrat Hoffmann einige Zeit einen leitenden Beamten der Kochlaßstelle auf der Niedergasse. Auch hier zeigte er sich als

Meister der Verschiebekunst.

So gab Hoffmann der Frau S. an Stelle ihres verlorenen Trauringes einen anderen. Auf die Bedenken der Frau S. erklärte er einfach:

„Da brauchst du keine Angst haben; ich habe dafür einen minderwertigen reingelegt. Die Hauptsache, die Anzahl ist vorhanden!"

Auch in eine andere Geschichte auf der Niedergasse war Hoffmann verwickelt, wurde jedoch freigesprochen. Als nun der Ehemann der Frau S. endlich gewahr wurde, daß seine Frau von Hoffmann geschwängert worden war, ging er sich bei dem Vorgesetzten des Hoffmann, Verwaltungsdirektor Hanschild, beschweren. Statt nun gegen Hoffmann ein Disziplinarverfahren einzuleiten, wurde er nach der städtischen Heil- und Pflegeanstalt Herrnprotsch versetzt. Hoffmann versöhnte sich jetzt mit seiner Frau und zog nach der **neuen Siedlung Pilsnitz, Siedlungsweg 51.** Hierzu wurde ihm eine Umzugsvergütung von mehreren Hundert Mark gewährt. In ihrer Gutgläubigkeit an die „Ehre" eines Stadtobersekretärs benannte Frau S. nicht einmal Hoffmann als Vater ihres unehelichen Kindes. Jetzt muß sie erleben, daß sich Hoffmann der Unterhaltungspflicht entzieht.

Kennt die Tatsachen

Wie ein städtischer Beamter, dem die Betreuung von Erwerbslosen obliegt, erlaubt sich mit Hilfe von Brotmarken, um die er die Erwerbslosen betrog, Bettfreuden. Skandalös aber gerade ist das Verhalten der Vorgesetzten dieses sauberen Stadtobersekretärs. Auf Grund der 4. Notverordnung dürfen wir ihre Handlungsweise nicht gebührend kennzeichnen. Wehe aber dem erwerbslosen Kollegen, der es unterläßt, einen kleinen Nebenverdienst anzugeben. Neben dem Entzug der Unterstützung ist er noch einer Strafanzeige wegen Betruges ausgesetzt. Diesbezügliche Pressemeldungen zeigten, daß dann Gefängnisstrafen die Sühne dieser „Verbrechen" der erwerbslosen Kollegen sind. Und im vorliegenden Falle kann ein Oberstadtsekretär die Erwerbslosen um Brotmarken betrügen, wird dafür nicht etwa der Staatsanwaltschaft ausgeliefert, sondern lediglich an eine andere Dienststelle versetzt.

Hier hat unser „Ober", dem nach seinen eigenen Angaben in der Stadtverordnetenversammlung das Wohl und Wehe der Erwerbslosen ach so sehr am Herzen liegt, Gelegenheit, einzugreifen.

Im Namen der Tausenden von Breslauer Erwerbslosenempfängern verlangen wir ein sofortiges Einschreiten gegen Hoffmann und diejenigen Beamten, die trotz Kenntnis der Verfehlungen Hoffmanns nicht gegen ihn disziplinarisch vorgegangen sind. Wir erheben fernerhin dagegen Protest, daß man Hoffmann trotz der finanziellen Notlage der Stadt einen Umzugskostenzuschuß von etlichen Hundert Mark gewährte. Ein Beamter, der die Aermsten der Armen derartig betrügt, darf nicht eine Stunde länger im Dienst sein.

Auch in der ständigen Zunahme der Korruptionsskandale zeigt sich der Verfall des kapitalistischen Systems. Wir wissen, daß mit derartigen Erscheinungen erst in einem sozialistischen System aufgeräumt werden wird.

Doch jetzt hat unser „Ober" das Wort. F. Rösler.

Achtung!

Heute abend um 18 Uhr Sitzung der Stadtverordnetenfraktion Lessingstraße 13.

Sie müssen . . .

und werden sich auch unbedingt den Film ansehen, von dem jeder reden wird. Sein Inhalt ist nach einem der besten Romane aufgebaut, die jemals von Dichterhand geschrieben wurden.

„Wo die Wolga fließt . . ."

Der Tonfilm nach dem weltbekannten Roman **„Auferstehung"** von Leo Tolstoi läuft täglich ab 16.30 Uhr (letzte Vorstellung um 20.30 Uhr) bis Donnerstag, den 14. Januar, in den

Gewerkschaftshaus-Lichtspielen.

Am Donnerstag, dem 14. Januar, nur eine Vorstellung von 16.30 bis 19 Uhr.

Jeden Tag ein Brand

Ohlau. In Klosdorf Kreis Ohlau, brannte am Donnerstagabend ein Strohschober, am Sonnabend die Scheune eines kleineren Landwirts wieder. Am Sonntagabend folgte schließlich die vierteunige große Scheune des Erbscholtiseibesitzers Radbyl, die mit sämtlichen Getreide- und Strohvorräten den Flammen zum Opfer fiel. Wegen dieses Brandes wurde ein sechzehnjähriger Bursche verhaftet, welcher im Verdacht der Brandstiftung steht und in das Brieger Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Die Arbeiter wollen kämpfen!

Sagan. Einige Arbeiter der Firma Moos-Löw-Beer, die nicht gewillt sind, den 15prozentigen Lohnabbau kampflos zu schlucken, brachten folgenden Antrag beim DTV. ein:

„Trotz der Elendslage der schlesischen Textilarbeiterschaft diktiert die Notverordnung vom Dezember 1931 erneut einen 15prozentigen Lohnabbau. Wir Unterzeichneten sehen darin einen erneuten Angriff der Kapitalisten auf unsere Lebenslage. Wir sind der Meinung, daß der Kampf aller Textilproleten gegen diesen Abbau organisiert werden muß. Deshalb beantragen wir die sofortige Abhaltung einer öffentlichen Versammlung, um breite Schichten zu dem Abwehrkampf zu mobilisieren."

Kaum hatten die Kollegen mit der Unterschriftensammlung begonnen, kam der reformistische Betriebsrat Schulz (die Denunziantenkreatur) angerannt und berichte nach allen Regeln der Kunst die Arbeiter an. Obwohl kein Wort Streik in dem Antrage stand, brüllte der Betriebsrat: „Du bist wohl verrückt, die Belegschaften aufzuhetzen, ich werde dich noch bringen! Wir sprechen uns ja noch auf dem Arbeitsgericht! usw." (Die Unterschriftensammlung war von dem Kollegen Arndt, RGO.-Betriebsrat, organisiert worden.) Aus diesem Verhalten kann die Belegschaft der Firma Moos-Löw-Beer die jüdische Haltung der reformistischen Unternehmerknechte erkennen.

Die Leute, deren Führer und Partei alle Diktaturverordnungen der Brüningregierung verteidigen und auch durchführen, wehren sich verzweifelt, wenn es für die Arbeiter geht. Kampfmaßnahmen, die notwendig sind, um Lohnabbau und weitere soziale Verschlechterungen abzuwehren, organisiert die Arbeiterschaft selbst unter Führung der RGO. und des selbstgewählten Kampfausschusses, in dessen Reihen alle Arbeiterschichten vertreten sind, ob organisierte oder nicht organisierte.

Das Gemeindeparlament lehnt ab

alle Hilfsmaßnahmen für Hungernde

Nieder-Salzbrunn. Nach langer Pause trat am Donnerstag, den 7. Januar das Gemeindeparlament zusammen. Von den 12 Tagesordnungspunkten berichten wir in Kürze: Die Wahl eines Schiedsmannes, die wiederholt zur Tagesordnung stand, da niemals eine absolute Mehrheit zustande kam, ergab bei der Abstimmung folgendes Resultat: kommunistischer Vorschlag zwei gegen eine Stimme, bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 6 gegen 8 Stimmen, SPD.-Vorschlag 6 gegen 8 Stimmen, so daß unser Genosse Ernst als Gewählter hervorging. Die Feststellung der Mieten in den reichseigenen Häusern löste eine längere Debatte aus. Die Gemeinde forderte bisher für Stube und Küche 21 Mark, für zwei Stuben und Küche 26 Mark. Genosse Grosser wies hin auf die zu hohen Mieten in den anderen Siedlungsbauten der Gemeinde und führte an, daß die Mieten anderer Gemeinden für die reichseigenen Wohnungen billiger seien. Es wurde beantragt, die Miete herunterzusetzen auf 17 resp. 21 Mark. Die SPD. erachtete den Antrag der kommunistischen Fraktion als zu weit und beantragte 19 Mark resp. 24 Mark. Der letzte Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen. Eine Anfrage der kommunistischen Fraktion, ob im Wohlfahrtsausschuß auch die Anträge der Erwerbslosen vorgelegen haben, beantwortete der bürgerliche Schöffe Stkroke als Dezernent dieses Amtes, mit ja. Der SPD.-Vertreter des Ausschusses behauptete das Gegenteil unseren Genossen gegenüber, Genosse Grosser forderte Klärung der Angelegenheit. **Stkroke begründete dann, daß derartige Anträge laut Gesetzesmaßnahmen nicht mehr zu berücksichtigen seien.**

Die anwesenden Erwerbslosen, die als Zuhörer sich eingefunden hatten, konnten hier feststellen, daß von der Seite der SPD. und Bürgerlichen nicht daß geringste unternommen wurde, um zu helfen. Im letzten Punkte wurde Kenntnis genommen, daß auch in der hiesigen Gemeinde der Wunsch der Hausbesitzer, daß Wohnungsmangelgesetz aufzuheben, laut Gesetz Wirklichkeit geworden ist. Das Wohnungsamt besteht nicht mehr.

Der Kampf der Erwerbslosen um Winterbeihilfe geht verstärkt weiter. Erwerbslose stellt euch geschlossen hinter euren gewählten Ausschuß und beraten sofort Maßnahmen, damit ihr eine Winterbeihilfe erzwingt.

Blinder Eifer

Uebereifer des Polizisten Düsterhöj

Gottesberg. Die Ortsgruppe der NPD. hatte eine außerordentliche Mitgliederversammlung am Sonntag einberufen, die zahlreich besucht war. Daß nach Schluß der Versammlung die Genossen stramm zu Fuß wieder heimkehrten, ist wohl eine Selbstverständlichkeit, denn Autos stehen nicht zur Verfügung, trotzdem mancher Genosse im letzten Winkel wohnt. Aber diese Begebenheiten sind dem übereifrigen **Polizisten Düsterhöj** höhnische Tücke und sein kleines Gehirn wurde zu einer Glühbirne. Die ganzen Notverordnungsparagraphen blitzten in seinem Gehirn auf und kraft seines Amtes erfolgte ein Sturmangriff auf das Versammlungslokal, welches aber schon leer war. Nun mußte die Gastwirtsfrau herhalten, die schon jahrelang den Kommunisten ihr Lokal gibt, um zu erklären, daß es keine NPD.-Leute sollten sein und daß es eine öffentliche Versammlung ist, um wenigstens einen auf drei Monate in die begeisterten Menschenmängel zu bringen. Auch die Gastwirtsfrau sollte schon dran glauben, aber der überschlaue Waffenträger Düsterhöj hatte die Rechnung ohne die Wirtin gemacht, denn selbige konnte nachweisen, daß es nur eine Mitgliederversammlung war. Trotzdem wollte es der Baltikumkämpfer nicht glauben und machte anderen Tags nochmals einen Vorstoß, mußte sich aber als Geschlagener zurückziehen.

Vielleicht kümmert sich der übereifrige Polizist Düsterhöj mal um die Nazioten, die in Kl. in so allerhand Unfug treiben, sollte etwa der Baltikumkämpfer nicht ausreichen, so werden die Kommunisten etwas nachhelfen. Oder wie wäre es, wenn mal festgestellt wurde, wer die Erlaubnis oder Genehmigung zur Verteilung der katholischen Flugblätter mit der Ueberschrift: „Gott oder Dämonen" gegeben hat! Also Herr Polizist Düsterhöj, hier kann noch Sturmangriff gemacht werden, damit Sie als „gerechter" Beamter unter der Einwohnerschaft Geltung haben, bis jetzt sieht es noch verdammt nach Essig aus.

Wir sind die stärkste der Parteien

Waldau OL. Der an der Schwindsucht leidende Heilgehilfenverband (SPD.) veranstaltete am 7. Januar, bei Gastwirt Ehrentraut eine „gewaltige" Kundgebung. Als Redner hatte man eine „große Kanone" den Schwindsuchtskandidaten Fritsch aus Liegnitz herangeholt. Trotzdem die Bonzenanwärter eine rege Propaganda entwickelt hatten, waren sie bei der „Kundgebung", wie seit einiger Zeit schon immer allein auf weiter Flur. 45 Personen waren zu der „Kundgebung" erschienen. Ein Teil davon waren revolutionäre Arbeiter, die sich die Bestattungsfeier der SPD. ansehen wollten. Mit welcher Begeisterung man für die „Kundgebung" rechnete, beweist die Tatsache, daß der Versammlungsleiter die vigoroseste Anwendung des Hausrechtes androhte. Man hatte sich auch wirklich nicht verrechnet; denn als der Bonze Fritsch im Verlaufe seiner Leichenrede die Nationalisierung der Kapitalisten, durch die Millionen von Menschen erwerbslos und dem Elend ausgeliefert sind, als fabelhaft bezeichnete, da konnte man die „Begeisterung" merken. Die Arbeiterschaft machte ihrer Empörung durch fortgesetzte Zwischenrufe Luft. Man wagte es jedoch nicht, die „Begeisterten" auszuweisen, denn wahrscheinlich wäre der Bonze samt den Bonzenanwärtern viel eher aus dem Saale geflogen. Da man die beerdigte SPD. in ihrer Grabesruhe wahrscheinlich nicht stören wollte, ließ man eine Diskussion nicht zu.

Diese Kundgebung war wiederum ein Beweis, daß die verräterische Politik der SPD. auch in Waldau OL. bankrott gemacht hat. Der klassenbewußte und ehrliche Arbeiter wendet den Verrätern mit Verachtung den Rücken und reiht sich ein in die Partei Lenins, in die KPD., welche in Waldau OL. die stärkste Partei ist. Kein Arbeiter darf abseits stehen! Er gehört zu uns! Darum die Faust geballt und angetreten!

Schauspielhaus

Heute Dienstag bis einschließlich Freitag gelangt durch das Corsotheater in Zürich die überaus lustige Operette „Frühling im Wiener Wald" zur Aufführung. Die komische Hauptrolle spielt Josef Egger, der allabendlich Stürme von Heiterkeit auslöst. Josef Egger ist in der kurzen Zeit seines Aufenthaltes bereits ein Liebling des Breslauer Publikums geworden.

Für Sonnabend wird unter der Leitung von Direktor Brautner vom Corsotheater in Zürich eine Neueinstudierung der Operette „Das Dreimäderlhaus" vorbereitet.

Schauspielhaus
Täglich 8¼ Uhr
Josef Egger
in
Frühling im Wienerwald
Sonnabend, 8¼ Uhr
neu einstudiert
Das Dreimäderlhaus

Danksagung!
Allen denjenigen, die beim Hinscheiden meiner Gattin, Mutter und Großmutter
Marie Wuttke, geb. Nachtigall
ihre Teilnahme entgegengebracht haben, den innigsten Dank. Insbesondere der Frauendelegation
Familie Wuttke

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einlaßkarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Massenauflagen in Flach- und Rotationsdruck preiswert
FORTSCHRITT
AG. FILIALE BRESLAU
Trebnitzer Str. 50
Telephon 464 55

Tonkino
Gewerkschaftshaus
Lichtspiele
Wo die Wolga fließt
nur noch bis Donnerstag, 14. Januar
(Am Donnerstag, 14. nur 1 Vorstellung von 4.30 bis 19 Uhr)
Ab Freitag, 15. bis Donnerst., 21. Jan.
Die Privatsekretärin
Sonntag, 17. Januar Kindervorstellung
Der fliegende Teufel
Zirkus-Bluf und Schwindel
nebst Bei-Programm

Erwerbslose und Kurzarbeiter

welche die Zuweisung vorstädtischer Kleinsiedlungsstellen oder Bereitstellung von Kleingärten erlangen wollen und die Gewährung von Reichsdarlehen für Siedlungszwecke anstreben, wollen gegen Einsendung von Rm 1,50 das von der Verkehrsstelle für Siedlung wissen Berlin W 50, Marburger Straße 7 herausgegebene Kommentar zu den vom Reichskommissar publizierten Richtlinien samt aufklärenden Beilagen betreffs Anmeldung verlangen

Vor dem 8. Todestage Lenins

Unter dem Banner Lenins vorwärts zu neuen Siegen

Die „Prawda" vom 7. Januar widmet ihren Leitartikel mit der Ueberschrift „Unter dem Banner Lenins vorwärts zu neuen Siegen" dem bevorstehenden Todestage Lenins und gibt die Hauptlosungen, unter denen die Lenin-Tage in der Sowjetunion begangen werden. Wir veröffentlichen nachstehend die wichtigsten Teile dieses Artikels.

Es naht der achte Todestag des großen Führers Lenin. Dieser Tag fällt mit dem Abschluß des dritten entscheidenden Jahres des Fünfjahrplans, in dem wir den Aufbau des Fundaments der sozialistischen Wirtschaft vollendeten und mit Beginn des vierten abschließenden Jahres des Fünfjahrplans zusammen, in dem wir Tag für Tag am gewaltigen Bau des Sozialismus arbeiten werden. Er wird die erste Stufe der kommunistischen Gesellschaft sein. Enorme entscheidende Erfolge des sozialistischen Aufbaus, die wir am achten Todestag Lenins aufzuweisen haben, wurden vor allem dadurch erzielt, daß die Partei und ihr Zentralkomitee unter der Führung Stalins — des besten, konsequentesten Schülers Lenins, das Banner Lenins hochzuhalten wußte.

Die leninistische Politik unserer Partei, ihr unversöhnlicher Kampf gegen den Opportunismus jeder Art, der heroische, von Begeisterung getragene Kampf der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauern und das bolschewistische Tempo der sozialistischen Aufbauarbeit sicherten die unentwegte Verwirklichung des welthistorischen Vermächtnisses unseres großen Führers und werden es auch in der Zukunft sichern.

Unter welchen Losungen haben wir gearbeitet, unter welchen Losungen sollen wir die Lenin-Tage in diesem Jahr begehen?

Die Ausführung des Fünfjahrplans in vier Jahren, für den erfolgreichen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft — das ist die erste grundlegende Losung der Lenin-Tage in diesem Jahr."

Die „Prawda" schreibt weiter über das Vermächtnis Lenins, seinen strategischen Plan, seine Weisungen, die die Arbeiterklasse der Sowjetunion unter der Führung der Partei und ihres Zentralkomitees mit aller Bestimmtheit und Folgerichtigkeit verwirklicht:

„Die Sowjetunion ist in einem starken Aufstieg begriffen. Lenin hat in seinem Genossenschaftsplan betont, daß wir, falls die völlige Vergenossenschaftlichung durchgeführt wurde, bereits mit beiden Füßen auf sozialistischem Boden stehen würden. Zwei Jahre sind verstrichen, seitdem das ZK. unserer Partei, auf Initiative des Genossen Stalin, die Losung der durchgehenden Kollektivierung und der Liquidierung der Kulakenschaft als Klasse aufgestellt hat. In dieser Zeit haben die sozialistischen Formen der Landwirtschaft — dank der stürmischen Entwicklung der Industrie — entscheidende Siege über die privatkapitalistischen Formen errungen. Die kapitalistischen Elemente sind zertrümmert, der Kollektivwirtschaftsbauer ist zur zentralen Figur der Landwirtschaft geworden. Somit haben wir bereits das absolute Uebergewicht der sozialistischen Elemente über den privatwirtschaftlichen Sektor im Dorf erzielt und die Frage „Wer — wen?" ist nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande endgültig und unwiderruflich zu unseren Gunsten entschieden.

Somit ist die Richtigkeit der These Lenins von der Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in unserem Lande abermals bestätigt.

Die zweite Hauptlosung der Lenin-Tage in diesem Jahr lautet: Für die kommunistische Einstellung zur Arbeit!

Der Kommunismus beginnt dort — schrieb Lenin —, wo die selbstaufopfernde schwere Arbeit überwindende Sorge der Arbeiter um die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Sorge um jedes Pud Getreide, Kohle, Eisen und anderer Produkte beginnt. Der gewaltige sozialistische Wettbewerb und die Stoßbrigadenbewegung, die Aufstellung der Gegenpläne, Entfaltung der Nationalisierungsbewegung, der Kampf um die Beherrschung der Technik — alle diese Formen widerspiegeln das wahre kommunistische Verhalten zur Arbeit.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion ist dem Vermächtnis des großen Führers treu, sie ist einig und einheitlich um ihr leninistisches ZK. geschart. In den letzten Jahren ist unsere Partei zu einer unerschütterlichen Kraft, einer gewaltigen Organisation gewachsen, die zweieinhalb Millionen Menschen zusammenfaßt.

Es ist bekannt, welch große Bedeutung Lenin der theoretischen Erziehung der Parteimassen beimaß. Er wies wiederholt darauf hin, daß es ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis geben kann. Genosse Stalin, der diesen Gedanken Lenins weiter entwickelte, betonte, daß die Theorie mit revolutionärer Praxis verbunden **„der Bewegung Zuversicht, Kraft, Orientierung und Verständnis für den inneren Zusammenhang der sich abspielenden Ereignisse geben kann, denn sie und nur sie kann helfen, praktisch zu begreifen nicht allein, wie und wohin sich die Klassen der Gegenwart bewegen, sondern auch wie und wohin sich die Klassen der Gegenwart bewegen, sondern auch wie und wohin sie sich in nächster Zukunft bewegen müssen."**

Für die marxistisch-leninistische Erziehung der Parteimassen!

Das ist die dritte Hauptlosung der Lenin-Tage in diesem Jahr. Indem wir die Parteimassen mit der Theorie des Marxismus-Leninismus wappnen, werden wir uns an allen Abschnitten des sozialistischen Aufbaus rascher vorwärtsbewegen zu neuen Siegen; werden wir den Widerstand der opportunistischen Elemente noch erfolgreicher überwinden, die die Agenten der geschlagenen, aber noch nicht vernichteten Klassenfeinde sind.

Wir müssen die Arbeit des Kommunistischen Jugendverbandes mit größter Aufmerksamkeit verfolgen, indem wir die marxistisch-leninistische Erziehung der Parteimassen entwickeln und verbessern, sie für den Kampf gegen Theorie und Praxis der rechten und „linken" Opportunisten, gegen den konterrevolutionären Trotzkismus und den faulen Liberalismus mobilisieren.

Für die Verbesserung der Qualität der Arbeit des Kommunistischen Jugendverbandes und seine Leitung durch die Partei!

Das ist die vierte Hauptlosung der Lenin-Tage in diesem Jahr. Unser Kommunistischer Jugendverband wurde zu einer mächtigen Organisation mit fünfeinhalb Millionen Mitgliedern, von denen drei Millionen im vorigen Jahr aufgenommen wurden. Daraus folgt eine komplizierte Aufgabe, die Befestigung der marxistisch-leninistischen Erziehung der neuen Reihen im Kommunistischen Jugendverband, von der gewaltigen Rolle des Verbandes beim sozialistischen Aufbau gar nicht zu sprechen.

Wir lösten Aufgaben gewaltiger international historischer Bedeutung. Die Erfolge unserer Partei sind die Erfolge der leninistisch-kommunistischen Internationale. Unsere Siege an der Front des sozialistischen Aufbaus sind die Siege der sich immer mehr entfaltenden internationalen kommunistischen revolutionären Bewegung.

Der Kampf um den Weltoktober — das ist unsere fünfte Hauptlosung.

Vor uns stehen gewaltige Aufgaben, viele Hindernisse. Wir werden aber diese Schwierigkeiten überwinden, die Aufgaben lösen. Die Bürgschaft dafür ist, daß wir auch künftighin das Banner Lenins hochhalten, seine Reinheit und Unbeflecktheit bewahren

Massenstreik gegen Polizeiterror

Madrid, 11. Januar. In San Sebastian wird seit Sonnabend ein geschlossener Generalstreik gegen den Polizeiterror, gegen die Erschießung von Streikenden und demonstrierenden Arbeitern durch die Zivilgarde durchgeführt.

Demonstrationen in Wien

Wien, 11. Januar. In den Wiener Arbeiterbezirken fanden trotz Verbots große kommunistische Demonstrationen statt. Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurden zwei Polizisten verletzt.

Gewaltiges Wachstum der Arbeiterpartei Bulgariens

Sofia, 11. Januar. Das Organ der Arbeiterpartei, „Rabotnitschesko Delo", veröffentlicht einen Bericht über den Mitgliederstand, wonach die Zahl der Parteimitglieder folgendermaßen gestiegen ist: am 1. Januar 1930 zählte die Partei 260 Organisationen mit 4000 Mitgliedern, am 1. Januar 1931 350 Organisationen mit 6000 Mitgliedern und am 1. Januar 1932 1450 Organisationen mit 27 000 Mitgliedern, d. h. im Jahre 1930 ist die Mitgliederzahl um 50 Prozent, 1931 um über 400 Prozent gestiegen.

Die Auflage des Parteiorgans „Rabotnitschesko Delo" ist von 6000 anfangs 1931 auf 13 000 am Ende 1931 gestiegen. Infolge der Polizeizensur und der täglichen Beschlagnahmen konnte das Organ nicht regelmäßig erscheinen. Von den im Jahre 1931 erschienenen 85 Nummern wurden 35 beschlagnahmt.

Reichserwerbslosentag in Frankreich

Paris, 11. Januar. Die „Humanité" veröffentlicht einen Aufruf des Zentralerwerbslosenausschusses, in dem für den 12. Januar, dem Tage der Wiedereröffnung der französischen Kammer, zu Massendemonstrationen aufgerufen wird. Gleichzeitig fordert der Aufruf die Erwerbslosen der Pariser Gegend auf, Delegierte zu wählen für den Pariser Erwerbslosenkongreß, der am 14., 15. und 16. Januar stattfindet.

Demonstrationsverbot in Paris

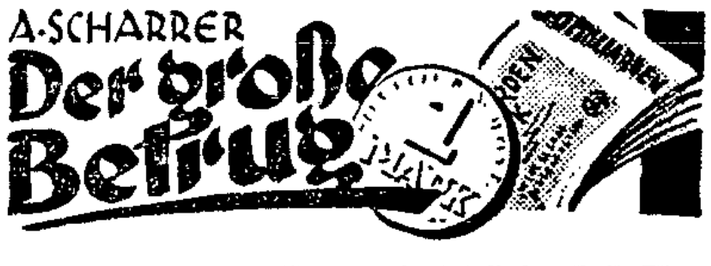
Paris, 11. Januar. Die Pariser Polizeipräfektur hat die von den Kommunisten für den 12. Januar, den Tag des Wiederzusammentritts des Parlaments, vor dem Kammergebäude angesagten Straßenkundgebungen verboten.

Sozialistischer Aufbau im hohen Norden

Leningrad, 11. Januar. Hier trat die erste Konferenz der 22 Völker des Nordens der Sowjetunion — unter ihnen Tungusen, Solden, Aleuten u. a. — zusammen zur Prüfung der Frage des sozialistischen Wiederaufbaus des hohen Nordens und der Entwicklung von Sprache, Schrifttum und Bildungswesen der einzelnen Völkerschaften.

A. SCHARRER

Der große Betrug



(Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien.)

28. Fortsetzung

Dann erzählte der Landjäger dem dicken Wachtmeister eine lange Geschichte, und dieser rutschte nervös auf seinem Stuhl hin und her, als er hörte, daß Lux noch auf den Feldern umherirrte. Aber der Gendarm mußte ihn laufen lassen, weil sonst die beiden auch noch entwischt wären, entschuldigte er sich. Herbert und Margot versuchten einige Male zu protestieren, daß sie dazu gehörten. Es wurde ihnen jede Erwiderung untersagt, solange der Feldgendarm seinen „Rapport" gab.

Der dicke Wachtmeister war aber nicht so dumm und auch nicht so bösartig, wie sein Untergebener. Die Antworten Margots waren ihm zu bestimmt, der Nachweis, woher sie die Kartoffeln hatten, zu lückenlos. Er ließ sie gehen.

Der nächste Zug fuhr um zehn Uhr. So saßen sie drei Stunden in dem ungeheizten Wartesaal.

Albert war unruhig vom Bahnhof nach Hause gegangen. Er mußte zur Arbeit. Hilde wartete nun. Herbert strahlte immer vor Freude, wenn er mit Mutter ausstieg. Heute war er verstört und schweigsam. Mutter lächelte bitter, als Hilde fragte: „Ihr kommt ja so spät. Habt ihr den Zug verpaßt?"

„Ja", sagte sie tonlos.

„Wartet, ich will an Vater telephonieren, daß ihr da seid. Er hat mich darum gebeten", sagte Hilde und verschwand. Mutter und Herbert warteten. Sie wollten die eine Station von Friedrichsfelde bis Lichtenberg mit der Vorortbahn fahren. Sie waren müde.

„So", sagte Hilde, als sie wiederkam. „Jetzt ist er wenigstens beruhigt." „Er war so aufgeregt. Gestern abend haben nämlich die Gendarmen bei Kaulsdorf zwei Männer angeschossen, die Kartoffeln aus einer Miete holen wollten. Einer von ihnen ist diese Nacht gestorben. Er wohnt in Lichtenberg, in der Mozartstraße. Es steht in der Abendzeitung."

Albert duldete nun nicht mehr, daß Margot weiter „stoppeln" ging. Sein Protest war jedoch nicht mehr nötig. Margot konnte nicht mehr. Die Schmerzen im Rücken ließen über Nacht nicht mehr nach. Herberts Ferien waren vorüber und die Ernte ging auch zu Ende. Der Haushalt war vernachlässigt. Die Wäsche aufgebraucht. Alberts alte Arbeitsanzüge zerrissen. Geld zu erübrigen, um Wäsche oder Kleider zu erneuern, war nicht möglich.

Es fiel Margot schwer, sehr schwer, die Wäsche zu bewältigen; denn die Waschküche hatte keinen Ablauf. Jeder Eimer verbrauchten Wassers mußte in Manneshöhe in den Ausguß gegossen werden. Aber sie war froh, trotz aller Qual.

Sie hatten vier Zentner Kartoffeln im Keller! Vier Zentner!! Sie wird jetzt mehr Zeit haben, Versäumtes nachzuholen; denn wer Kartoffeln hat, hat schon das Rohmaterial zum Mittagessen. Manche Mark kann sie so erübrigen, um das Notwendigste anzuschaffen, rechnete sie.

Sie hatte schon mit dem Schneider über Alberts alten Soldatenmantel, den sie mitgewaschen hatte, gesprochen. Wenn er gewendet, neu zugeschnitten und genäht würde, meinte der Meister, würde er sich noch ganz gut tragen. Von dem Stoff, den ihr Helene geschickt hatte, wollte sie für Hilde ein Kleid anfertigen lassen. Für einige Pfund Kartoffeln tat das gern ihre Freundin. Wenn das Kleid fertig auf dem Weihnachtstisch liegt, wird Hilde wohl schimpfen, sich aber dennoch freuen. Für Herbert konnte sie selbst einen Anzug nähen Sie hatte von ihrer Mutter noch einen Rock hängen, den sie nicht tragen konnte. Er war zu weit und zu lang, aber guter Stoff.

In ihrer früheren Wohnung hatten sie Papiergardinen. Das sah gar nicht schlecht aus! Rosa gerafftes Papier. Wenn die Lampe brannte, übergoß dieses Rosa die ganze Stube. Solange sie hingen, war das gut. Aber man durfte sie nicht berühren, obgleich sie ausgesprochene Staubfänger waren. Margot wollte hier nicht wieder mit Papiergardinen anfangen. Einmal muß man wieder festen Grund in den Haushalt bekommen, nahm sie sich vor

Sie nahmen sich noch manches vor. Es gibt einen Grad der Müdigkeit, da will der Schlaf nicht kommen. Dann arbeitet das Hirn, obgleich der Mensch nicht mehr denken möchte. So spann Margot ihre Pläne immer weiter. Der Fußboden war gestrichen.

Clemens hatte die Farbe von einem Genossen besorgt, der auf einem Neubau arbeitete. Er hatte dafür einen Kinderwagen erhalten.

Für die Küche, die so ausgetreten war, daß jeder Tropfen Wasser in den morschen Dielen versickerte, wollte der Genosse noch Linoleum besorgen. Einzelne Stückchen. Doch wenn diese sauber zusammengefaßt werden, erfüllen sie lange ihren Zweck. Dann war noch ein Vorhang für die Nische in der verbauten Küche nötig. Ursprünglich hatten zwei Wohnungen einen gemeinsamen Korridor. Nun war dieser zugemauert und von der vorderen Stube aus eine Tür durchgebrochen. Die verbliebene Vertiefung in der Küche diente zur Aufbewahrung von Petroleum, Lappen, Bürsten, Seife, Besen usw. Diese Nische mußte durch einen Vorhang verdeckt werden.

Und dann noch? — Eine Lampe für die Stube. Den Schirm konnte Margot selbst machen. Sie hatte sich die Modelle in den Schaufenstern schon daraufhin angesehen. Es sollte hell und freundlich sein in der Stube. — Hoffentlich kommen nun Kohlen heran. Es wird schon kalt. Ihre letzten Gedanken waren Schuhe für Herbert, derbe Schuhe für den Winter. Doch sie konnte nicht mehr rechnen! Sie schlief nach langem Grübeln ein.

*

Am andern Morgen stand sie, pünktlich wie immer, auf. Sie mußte Brot für Albert, Hilde und Herbert schneiden, mußte Kaffee kochen. Ueber die Vorräte durfte sie die Uebersicht nicht verlieren. Als sie „stoppeln" ging, hatte sie so recht gemerkt, was verlorengeht, wenn alles nicht richtig eingeteilt wird. Sie konnte nur mühsam das Messer halten. Ihre kaum verheilten Hände sind durch die Wäsche wieder wund geworden. Aber nun war auch das geschafft. Margot ging um acht Uhr auf die Straße, um einzukaufen. Sie wollte sehen, was sie in dieser Woche noch erübrigen konnte. Vielleicht reichte es noch für Gardinen, jedenfalls wollte sie sich nach dem Preis erkundigen.

Sie wunderte sich, daß die Waren in den Schaufenstern nicht mehr mit Preisen ausgezeichnet waren. Einige Läden hatten überhaupt nicht geöffnet. Sie wollte Gemüse kaufen und fand keins.

„Mein Mann hat nichts von der Halle mitgebracht", antwortete Frau Günther klagend. „Die Bauern füttern lieber Schweine damit. Und was sie bringen, kaufen die Großhändler auf. Im Westen können sie ja verlangen, was sie wollen. Da bekommen sie jeden Preis."

(Fortsetzung folgt.)

Empfehlenswerte Geschäfte in Breslau

GAS 44610
die Wärmequelle
Rat und Auskunft kostenlos
Ausstellungsraum: Lessingplatz Nr. 3
Städtische Rohrnetzbetriebe

Gaskoks
der gute Brennstoff
für Zentralheizungen und Füllöfen
Zu beziehen durch die
Städt. Gaswerke
Tel. 384 61
oder durch die Kohlenhändler
44609

43036

Zentrum

Möbel, Pianos, Grammophone und Platten
kauft man gut und billig bei
Martha Schmidt, Nikolaistr. 54-55
Teilzahlung gestattet
43150

Billige Möbel
S. Brandt & Co., Gartenstr. 65
43031

Jeder Arbeiter kauft gut und preiswert in der
Bäckerei Robert Herrmann, Keizerberg 13
43670

Spezial-Fischhaus Alfons Gritz
Nikolaistraße 59 43555

Eisenwaren — Werkzeuge
Haus- u. Küchengeräte
Angelgeräte
Martin Zimmer
Neue Taschenstraße Nr. 32
43556

Felix Jacob, Gellhornstr. 39
empfiehlt
Fleisch- und Wurstwaren
zu niedrigsten Preisen
Fürstenstraße 2, Ecke Brigittenstr.
Leuthenstraße 49 Matthiasstraße 125
44216

STEW
KRAFT · LICHT · WÄRME
durch 44520
Städt. Elektrizitäts-Werke Breslau

Man kauft Möbel preiswert u. gut im **Möbelhaus** Am Ohlau-Ufer 9
44914

Für die Augen
„Heidrich"
Optikermeister • Stadttheater geradeüber
44518

Fleischerei und Wurstfabrik
Frühstückstube
J. Krause
Reuschestr. 42 44514

Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33
43159 bekannt als leistungsfähig in **Leder** und **Schuhbedarfsartikeln**
Zweigstellen:
1. Gräbschener Straße 19/21, 2. Moltkestraße 14
3. Bohrauer Straße 27 4. Poststraße 7
Einkaufsquelle sämtlicher Werktätigen

METALLBETTEN
MATRATZEN • KINDERBETTEN
Victor & Olowinsky
GERRENSTR. 31 u. SCHWEIDN. STR. 10-11
44115

Schuhe
so **gut** und billig nur bei

44608
Nathan
Graupenstr. 2-4
Mitglieder proletar. Organisationen erhalten 5% Rabatt

Jeder Arbeiter kauft am besten bei
A. M. Remak, Lederhandlung
Kupferschmiedestraße 37
zwischen Oderstraße und Schmiedebrücke 44583

Richard Karsunky & Co.
Möbel 44517
Rosenthaler Straße 2 — Ecke Matthiasstraße

gibt Kraft
und
Gesundheit
43021

Reserviert

West

ff. Fleisch- und Wurstwaren 43674
Alfred Bruschke, Alsenstr. 24

Paul Gojowczyk, Alsenstr. 4
Brot- und Feinbäckerei 43672

Sporthaus Arndt, Fischergasse Nr. 9
Schneeschuhe, Rodelschlitten
Faltboote und sämtliche Sportgeräte 43671

H. Tscheschlok, Hildebrandtstr. 32
Bäckerei und Konditorei 43922

Täglich frische Seefische und Räucherwaren billigst bei 43669
Richard Polke, Anderssenstraße 16

Kolonialwaren, Spirituosen 43677
Eduard Adler
Hildebrandt- Ecke Leuthenstr. 16-18

Gebr. Nolda, Alsenstr. 29
Fahr- u. Motorräder, Radiogeräte
Reparatur-Werkstatt 43673

Uhren-Feuerzeuge
Friedr.-Wilh.-Str. 19, gegr. 1899
Uhren, Goldwaren und Reparatur-Werkstatt
43675

Paul Ulbrich, Hildebrandtstr. 27
ff. Fleisch- und Wurstwaren 43676

Lebensmittelgeschäft **Georg Barufke**
Posener Straße 4 43140

Fahrräder, Motorräder
Reparatur-Werkstatt
Walter Kunze, Hildebrandtstraße 17-18 43151

Kolonialwaren
R. & J. Lux
Anderssenstraße 2
Leuthenstraße 52 43152

Arbeiter, eure **Kohlen** kauft bei 44581
Gerhard Beck
Promnitzstraße 31

Kolonialwaren
Obst und Gemüse
Karl Hellmich
Pöpelwitzstraße 26
Tel. 56822 44582

Marta Klaß, Molkereiprodukte
Leuthenstr. 64, Nikolaiplatz 2 44515

Kauft eure **Eisenwaren** bei
Gerhard Koch
Frankfurter Straße 163
an der Katzbachstraße
44579

Wäsche 44208
Herren-Artikel
Georg Schöneich
Frankfurter Str. 115 — KA-HA-Rabattmarken

Bäckerei, Feinbäckerei / **Wilhelm Schäfer**
Lange Gasse 70 44211

Hausfrauen! - Kauft **Feinbackwaren** bei
Bäckermeister Georg Gnaschik
44212 Promnitzstraße 37

Oskar Laqua
Kolonialwaren
Anderssenstraße 31 44578

Bäckerei und Konditorei, G. Rappich 44580
Gandauer Str. 17 — 9 Proz. Rabatt

Fachmännische Besohlanstalt
E. Mlitzke, Anderssenstraße 7
43557

Motorräder • Fahrräder • Nähmaschinen
Grammophone 43558 **Karl Borst jr.** Steinauer Straße 12a

Fuhren, Möbeltransporte, Umzüge
K. Moese, Bergstraße 4 43547

Richard Dreiucker, Westendstr. 45
Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren
II. Aufschnitt 43162

Alfred Teuber, Friedrich-Wilhelm-Str. 35
Seit über 30 Jahren
44516 die beste und billigste Bezugsquelle für
Haus- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan und Steingut

Leinenhaus Gotthard Völkel
Friedrich-Wilhelm-Str. 51 u. Albrechtstr. 56
(2. Haus vom Ring)
Gute Berufskleidung und Wäsche jeder Art
43928

Kolonialwaren, Delikatessen, Konserven
Weine, Zigarren, Zigaretten, Tabakwaren
Franz Rzehulka
Alsenstraße 48, Ecke Leuthenstraße. 43552

Schmelz ist und bleibt billig!
Friedrich-Wilhelm-Straße 25
43160

West

Bäckerei u. Konditorei **Rudolf Ipta**, Bergstr. 30, Tel. 536/39
43549

Hausfrauen! Kauft
Feinbackwaren bei P. Sperlich
Bergstraße 14 43550

Lederausschnitte • Schuhbedarfsartikel
kauft man am besten und billigsten beim Fachmann 43551
J. Cieslinski, Leuthenstraße 12/14

Vogelfutter nur bei **Ritter**
Friedr.-Wilh.-Str. 53, Ecke Friedr.-Karl-Str. 43553

Fisch-Spezial-Geschäft
Karl Schinzel
Frankfurter Str. 127 43554

Bäckerei und Konditorei
Paul Moczko, Leuthenstraße Nr. 68
43155

Drogen, Farben, Foto 43156
Franz Gröschel, Leuthenstr. 60

Ernst Winkler, Leuthenstr. 25
Beleuchtungs- und Radiohaus 43157

Reserviert 21
43161

Paul Gebauer 43158
Posener Straße 27
Filiale Frankfurter Straße 31
Kolonialwaren, Konserven
Spez. Kaffee (Eigene Rösterei)

Nord

W. Zembrod
Waterloostraße 11
Kolonialwaren Spirituosen
43480

Thomas Hartlapp, Kolonialwarengeschäft
Vinzenzstraße 39 43482

M. Scholz Kolonialwaren, Konserven Spirituosen — Weine
Oelsnerstraße 15 43485

Spezial-Fischgeschäft 43486
F. Kühn, Kospothstraße Nr. 18

A. Kollinich 43487
St. Vinzenz-Drogerie
Rosenthaler Straße 43 / Ruf 41657

Paul Herrmann
Bäckerei u. Konditorei
43469 Trebnitzer Straße 64

Kolonialwaren — Spirituosen
Heinrich Titze Nachfolger
43470 Trebnitzer Straße 52

Milch- und Molkereiprodukte, Hans Fontara
43471 Trebnitzer Straße 70

Werktätige, kauft Kohlen
bei **Edmund Prause**
43472 Trebnitzer Straße Nr. 29

Fritz Müller, Mühlen-Niederlage
Spezialität: Mehl, Vogelfutter, Sämereien
43473 Matthiasstraße 83

Paula Turkowski, Trebnitzer Str. 46
Kolonialwaren
43474 Lebensmittelgeschäft

Drogerie „Zum Grossen Kurfürsten"
Richard Ellson
43476 Matthiasstraße 161-163

Kolonialwaren / Spirituosen
Johannes Ludinsky
43477 Matthiasstraße 89

Nord-Drogerie und Photohandlung
Matthiasstraße 35
43478 Photomaterial und -Arbeiten bekannt gut und preiswert
Auf Photo-Arbeiten 5% Rabatt

43475

Fleisch- und Wurstwaren 43484
Richard Friebe, Ölsnerstr. 17

Fleischerei und Wurstfabrik 43611
Ernst Bunke, Ottostr. 24. Tel. 44850

Nord

Bäckerei und Konditorei
Herbert Günther, Adolfstr. 12
43914

MÖBEL Lowacz
Matthiasstr. 116
100 Musterzimmer u. Einzelmöbel
Zahlungserleichterung
43612

Geld auf Pfänder
jeder Art
Leihhaus Grundmann
Trebnitzer Str. 23
Jederzeit
Gelegenheitskäufe
44611

Bei uns kaufen Sie billig und gut Herren-, Knabenbekleidung und Herren-Artikel
Central-Bekleidungshaus
Matthiasstr. 124
44835

Besohl-Anstalt
R. Walter
Adalbertstr. 10
44220

Butter-Zentrale, Matthiasstraße 102
Milch- und Molkereiprodukte
44217

Bäckerei, Konditorei u. Café
Karl Geilke
Matthiasstraße 108
44219

Holz- und Kohlenhandlung 43607
Karl Girotto, Schießwerderstr. 16

Richard Mücke, Enderstraße 9
Kolonialwaren 43614

Fleischerei und Wurstfabrik
Paul Berndt, Weißenburger Straße 4 43609

Fleisch- und Wurstwaren
Herbert Helde
Gneisenaustraße 16 43608

Fleisch- und Wurstwaren 43606
Paul Webner, Fabrik: Matthiasstr. 104
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen

Pomanti / Sinalco
Elekta-Tafelwasser 43615
Speck & Säring

Johann Kipky, Hirschstr. 3
empfiehlt den sehr geehrten Hausfrauen
seine bestbekannten Fleisch- u. Wurstwaren
zu niedrigsten Preisen 44215

Nordost

Georg Heimann, Schwenckfeldstraße 32
Kolonialwaren u. Spirituosen 43919

Drogen, Farben 43918
Foto-Pohl, Lehmdamm 33/35

Max Fichte, Schleiermacherstr. 1
Bäckerei und Konditorei 43917

Ludwig Slotto, Reuterstr. 33
Bäckerei und Konditorei 43916

Kolonialwaren / Weine / Spirituosen
9% Gerhard Böhm 9%
Weinstraße, Ecke Michaelisstraße 43915

Rothkopf's Zuckerwarenhaus
Scheitniger Straße 18 43913

Bäckerei und Konditorei
Emil Menzel
Schwenckfeldstraße Nr. 31 43920

Reserviert

Breslau-Markthallen

Trebnitzer Roßfleischerei
Paul Martin
Markthalle I u. II
empfiehlt
stets frische Fleisch- und Wurstwaren
44209

Rind- und Schweineschlächterei
E. Heide
Rittermarkthalle
Stand 24 [45594

Reserviert

Gr.-Tschansch

ff. Fleisch- und Wurstwaren 43533
Wilh. Strauß, Tschanscherstr. 60 a

B. Pohl
Schokoladen / Kakao / Zuckerwarenfabrik
43468 Filialen in allen Stadtteilen